Nr. 147a
XXX. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Parlaments-Ausgabe

Berlin
22. März 1901

Zum bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir namentlich unsere geehrten auswärtigen Leser, die

Abonnements-Erneuerung

auf das „Berliner Tageblatt" thunlichst zu beschleunigen, damit der regelmäßige Empfang der Zeitung keine Unterbrechung erleidet.

Jeder Abonnent des

Berliner Tageblatt
und Handelszeitung

welches täglich 2 Mal, auch Montags, in einer Morgen- und Abend-Ausgabe erscheint, im Ganzen 13 Mal wöchentlich, erhält

6 werthvolle Wochenschriften kostenfrei:

Jeden Montag ... **Zeitgeist,** wissenschaftl. und feuilletonistische Zeitschrift
Jeden Mittwoch.. **Technische Rundschau,** illustrirte polytechnische Fachzeitschrift
Jeden Donnerstag **Der Weltspiegel,** illustrirte Halbwochen-Chronik
Jeden Freitag ... **ULK,** farbig illustrirtes, satirisch-politisches Witzblatt
Jeden Sonnabend. **Haus und Garten,** illust. Wochenschrift für Garten- und Hauswirthschaft
Jeden Sonntag ... **Der Weltspiegel,** illustrirte Halbwochen-Chronik.

Im Romanfeuilleton erscheint im nächsten Quartal folgender hochinteressante Roman:

George Ohnet: **„Die beiden Väter".**

Gegenwärtig 72 000 Abonnenten!!

Abonnements für das II. Quartal 1901 zum Preise von Mk. 75 Pfg. nehmen alle Postanstalten Deutschlands entgegen. In Berlin abonnirt man zum Preise von 2 Mark pro Monat täglich zweimaliger Zustellung in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Ecke Friedrichstraße, 1. Etage, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33.

Fernsprech-Anschluß an sämmtliche Bureaux.

Haus der Abgeordneten.

55. Sitzung vom 21. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Freiherr v. Hammerstein und Kommissare.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Abg. **Macco** (natl.):

Ich habe nicht leichtfertig über die Verhältnisse im Hause gesprochen, wie es nach den gestrigen Worten des Abg. Heckelberg scheinen könnte, sondern den **baulichen Zustand** und die **Ventilationsverhältnisse** in Gegenwart von vier Herren eingehend geprüft. Diese Prüfung war kurz vor Beginn der Berathung des Etats des Abgeordnetenhauses erfolgt. Ich konnte und ebensowenig mit dem Herrn Bureaudirektor. Ich will diesem keinen Vorwurf machen wollen, sondern nur ihm entnehmen oder nicht klar gewordene Mißstände beseitigen helfen. Meine Feststellungen aber muß ich aufrecht erhalten.

Es folgt gestern abgebrochene Berathung des Berichtes der Budgetkommission zu Kapitel 101a der dauernden Ausgaben des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung für das Etatsjahr 1901 **(Hypothekenbanken)** mit den dazu vorliegenden gestern gestellten Anträgen wird fortgesetzt.

Abg. **Gördeler** (freik.)

bedauert seinen Antrag: Ich würde es für einen idealen Zustand halten, wenn der ganze Hypothekenkredit von den Gemeinden übernommen würde. Aber wir leben in einer sehr realen Welt, und deshalb sehen meine politischen Freunde auf dem Standpunkt, daß Hypothekenbanken nothwendig sind. Für die nächste Session würde ich eine gesetzliche Neuregelung nicht für nöthig halten. Es ist nur nöthig, einige Bestimmungen zu treffen, die man **die vorhandenen Uebelstände beseitigt.** Als Beispiel erachten wir es für nothwendig, daß die von dem Inhaber der Hypothekenbank wahrzunehmenden Obliegenheiten dem bestellten Staatskommissar zu übertragen sind. Dann muß die Schuldverschreibungen auf den Inhaber mehr Beachtung geschenkt werden. Darin geht der Antrag der Konservativen zu weit. Er verlangt ein gesetzliches Eingreifen und verstößt damit gegen das **Recht Jedermann,** die Ausübung der Aufsicht übertragen ist. Zur Ausgabe von **Inhaberpapieren** ist die Genehmigung des Bundesraths und der sächsischen Centralbehörde erforderlich. Durch die gesetzliche Festlegung der diskretionären Macht in Preußen könnten leicht Konflikte entstehen. Ein Publikum ist die Meinung verbreitet, als wenn die Hypothekenbanken mit irgend einer staatlichen Autorität ausgerüstet wären. Dazu verführt vielfach der Namen, wie „Preußische", „Pommersche" Hypothekenbank. Dem könnte man mit dem Strafgesetzbuch begegnen, das eine Täuschung durch berechneten Titel und Namen zu treffen gestattet. Eine **Verstärkung der Aufsicht** ist nothwendig; die Banken können sich dagegen sträuben. Ich bitte deshalb um Annahme des Antrages.

Landwirthschaftsminister Freiherr **v. Hammerstein**

Anfangs auf der Tribüne unverständlich; Rufe: Lauter. Antrag der konservativen Partei kann die königliche Staatsregierung nicht beistimmen; ich persönlich stehe den Anträgen und dem Prinzip des Antrages sympathisch gegenüber. Wir haben nicht freie Bahn, sondern müssen die Entwickelung beobachten. Verhältnisse abwarten, und so kann man wohl theoretisch auf dem Standpunkt der Herren Konservativen stehen, **praktisch** aber doch sagen, daß seiner Ausführung sehr große Hindernisse entgegenstehen. Ich habe aus den Ausführungen des Abg. v. Heydebrand nicht entnehmen können, ob er beziehungsweise die Herren Antragsteller den Weg der **Reichs-** oder **Landesgesetzgebung** beschreiten wollen. Im Reiche würden sich wahrscheinlich gegen eine Aenderung der Gesetzgebung schwere Widerstände durch die süddeutschen Staaten ergeben, wo sich aus der bestehenden Gesetzgebung keine Mißstände ergeben haben. Die Staatsaufsicht kann nicht zur Anerkennung einer Verpflichtung des Staates führen, die **Entschädigungsansprüche,** die ja wohl einen weiten Umfang annehmen werden, selbst zu befriedigen. Der konservative Antrag wird sich vermuthlich überall als **undurchführbar** erweisen. Daraus folgt nicht, daß wir nicht mit einem großen Theil der Ausführungen des Abg. v. Heydebrand einverstanden seien. Wir bedauern aber, daß er zu Angriffen auf die landwirthschaftliche Verwaltung kam, die ich als unberechtigt bezeichnen muß. Die Bonität der Papiere dieser Hypothekenbanken hat sich durch rechtswidrige, strafbare Handlungen der Leitung verschlechtert. Verbrecherische Handlungen kann keine Staatsaufsicht verhindern, ebenso wenig wie die Polizei die Morde. Durchaus richtig hat ja auch v. Heydebrand die beschränkten Grenzen der Staatsaufsicht gesteckt; sie kann nie so weit gehen, daß sie gewissermaßen die **Geschäftsleitung** übernimmt. Das verbietet sich schon deshalb, weil es sich dabei um **private Erwerbsgenossenschaften** handelt. Sonst müßte der Staat auch unbedingt für allen Schaden, der entsteht, eintreten. Die landwirthschaftliche Verwaltung hat übrigens, schon lange bevor die Mißstände in der Presse bekannt wurden, sich bemüht, Klarheit zu schaffen. Aber die Knäuel waren so verwickelt, daß es geraumer Zeit bedurfte, die Verknüpfungen überhaupt zu erkennen. Sie wissen ja auch, wie lange das Aufklärungskomitee, das doch aus Fachleuten bestand, zu arbeiten hatte. Es war unendlich schwierig, einen klaren Einblick in diese Transaktionen zu gewinnen. Ich bitte Sie, den unerfüllbaren Antrag der Konservativen nicht anzunehmen. Der Antrag der Budgetkommission, der eine **Verschärfung der Staatsaufsicht** fordert, verdient schon, sorgfältig erwogen zu werden. Man kann leicht zu weit gehen, ohne damit etwas zu bessern. Der Umfang der Staatsaufsicht in Bayern ist noch lange nicht so weit ausgedehnt wie die preußische, und vielleicht ist das vorzuziehen. Es ist hier eine überaus wichtige Aufgabe vorhanden, dem kleinen und mittleren Kapital gute Anlagen zu ermöglichen. Aber keine Staatsaufsicht kann vor Vergehen und Verbrechen schützen, **das Publikum** selbst muß die **Augen offen halten** und solche Sachen mit verhüten helfen. Die Erklärungen, die wir zur Sache seinerzeit abgegeben haben, decken sich mit dem Sinne der Erklärungen des Abg. v. Heydebrand, ich glaube also, daß auch seine Vorwürfe ungerechtfertigt waren. Wir müssen mit den bestehenden realen Verhältnissen rechnen, weil wir nicht einfach tabula rasa machen können. (Beifall.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Es liegt uns fern, aus den Vorgängen der Vergangenheit der Regierung einen Vorwurf zu machen. Wenn wir gleichwohl für die Kommissionsanträge stimmen, so sind wir dabei der Meinung, daß allerdings die Staatsaufsicht **nicht so aufmerksam** war, wie sie sein sollte. Aus der Konzessionirung der Banken erwächst dem Bundesrath und der Regierung auch die Pflicht der **Prüfung der Bonität** des Geschäftsbetriebes. In dieser Beziehung ist manches versäumt. Das Ministerium war sich über die Vorgänge nicht klar. Erklärte sein Vertreter doch noch am 26. Juni 1899: Das bisherige Ergebniß der Nachprüfungen bestätigt somit die bereits abgegebene Erklärung, daß gegen die **gegenwärtige Sicherheit** der Hypothekenpfandbriefe aus der Vergangenheit **begründete Bedenken** nicht erhoben werden können. Wir meinen, es sollte, wenn nicht für jede Bank, so doch für jede Bankgruppe ein Staatskommissar bestellt werden. Dieser muß die Bonität der Hypotheken und damit der Pfandbriefe prüfen. Wenn in Bayern auch die Staatsaufsicht geringer ist, so ist sie im Königreich Sachsen organisatorisch weit schärfer. Freilich kann ja auch sie nicht Verbrechen verhüten. Ich bitte Sie also, für die erste Resolution der Kommission zu stimmen. Aber auch die Rechte des Treuhänders, wie es die zweite Resolution fordert, sind zu erweitern. Einmal müßte auch er mit der **Prüfung der Bonität** der Hypotheken beauftragt werden. Zum Anderen muß er die **Herausnahme von Hypotheken** zu nicht einwandsfreien Geschäften **verhindern** können. Zum Dritten dürfen allgemeine Staatsbeamte den Posten eines **Treuhänders** nicht bekleiden, am allerwenigsten Beamte, die die Staatsaufsicht auszuüben haben. Sie haben gesehen, zu welchen Mißständen das führt. Nun zum konservativen Antrag, gegen den ich begründete Bedenken habe. Er fordert die Ausgabe **hypothekarisch gesicherter Inhaberpapiere.** Glauben Sie wirklich, daß durch solche Inhaberpapiere das Publikum besser gesichert ist als durch Pfandbriefe? Ich halte es für eine wesentliche Verschlechterung; denn Sie setzen durch solche Schuldverschreibungen an die Stelle des Realkredits gewissermaßen den Personalkredit, und der bietet nie die gleichen Garantien wie auf Realkredit gegründete Forderungen. Ich fürchte deshalb, dies Verlangen des konservativen Antrages wird, wenn ihm stattgegeben würde, sehr weitgehende Rückwirkungen auf die **Realkreditverhältnisse** ausüben. Es würde die **Bauthätigkeit** erheblich lähmen. Die Stadt Berlin ist vielleicht die einzige Stadt, die ein solches öffentlich-rechtliches Institut, wie es der Abg. v. Heydebrand wünscht, besitzt. Aber von den vier Milliarden Hypotheken, die es besitzt, sind nur 88 Millionen beweglich, — das zeigt eben, daß ein solch öffentlich-rechtliches Institut **viel zu schwerfällig** ist. Es giebt in der Hauptsache Amortisationshypothen. So vorzüglich das für ländliche Verhältnisse ist, ebenso ungeeignet ist es für städtischen Grundbesitz. Solche Institute geben nur erste Hypotheken, die zweiten Hypotheken lasten dann doch wieder auf dem Privatpublikum, dem kleinen Mann, und der muß dann immer wieder für den großen ersten Hypothekengläubiger Wache stehen. So ist auch die **Schwerflüssigkeit der Landschaften** zugleich ihre Schwäche und ihr Ruhm. Aber auch sie schützen nicht vor Verlusten. Was ist im Allgemeinen sicherer als eine Reichs- und Staatsanleihe? Und doch möchte ich fragen: worin ist in den letzten Jahren mehr verloren worden als gerade an den Konsols? (Sehr richtig!) Wäre es nicht sehr traurig, wenn die **Bauthätigkeit** in den Großstädten so sehr **gelähmt** würde, daß man für die Obdachlosen Baracken errichten müßte? Der Vergleich mit ländlichen Verhältnissen paßt gar nicht. Meine Freunde sind also nicht in der Lage, für den konservativen Antrag zu stimmen. Dem Antrag Gördeler über den Treuhänder werden wir zustimmen, dagegen haben wir gegen den zweiten Punkt dieselben Bedenken wie gegen den Antrag Arendt. Wir sind nicht in der Lage, solche Beschränkungen auszuüben, die in anderen Bundesstaaten unmöglich sind. Wenn die Firmenbezeichnungen benängelt sind, so verstehe ich das nicht. Einigermaßen verständige Leute mußten doch wissen, daß es **kein Staatsinstitut** war, das sich unter der „Preußischen Hypothekenaktienbank" präsentirte. Wie sollen die Banken sich denn nennen, etwa Nordstern? Also für eine **schärfere Staatsaufsicht** treten wir ein und eine Erweiterung der Stellung des **Treuhänders,** weiter gehende Anträge müssen wir ablehnen. (Beifall.)

Geheimrath **Holtermann:**

Der Vorredner hat behauptet, der landwirthschaftlichen Verwaltung seien die Verhältnisse der Preußischen Hypothekenbank-Aktiengesellschaft nicht bekannt gewesen. Das ist durchaus unrichtig. Es war uns die Zusammensetzung des **Aufsichtsrathes** und der **Direktion** bekannt, die Verwandschaftsverhältnisse unter diesen Personen, die Verbindung mit den Tochtergesellschaften u. s. w. Die Gerüchte über **Ueberbeleihungen** veranlaßten uns zu Untersuchungen. Das damals vorliegende Material bot aber **keinen Anhalt zum Beweise,** und diesen Standpunkt hat auch die Staatsregierung eingenommen, die doch wahrhaftig sachkundig ist. Die Staatsaufsichtsbehörde hat überwacht, ob die Hypothekenbank ihren Betrieb innerhalb der statutarischen und gesetzlichen Grenzen hält. Das hat sie gethan. Wir waren aber nicht in der Lage, die Verbindung mit den Tochtergesellschaften zu verhindern, ebenso wenig wie wir in der Lage sind, etwa einen Hypothekenbankdirektor abzusetzen. Eine eingehendere Prüfung, als wir sie angestellt haben, konnten und durften wir damals nicht selbst vornehmen. Sie hätte keinen Zweck gehabt, sondern das Publikum noch mehr geschädigt. Die Staatsaufsicht hat nichts versäumt, was sie hätte thun müssen. Die Staatsaufsicht darf nie über die Grenze verschärft werden, daß es den Anschein erweckt, als übernehme der Staat **eine Garantie** für die Papier- und Geschäfte der Bank. Bis zu dieser Grenze können wir gehen. Es wurde dann die Erweiterung der Stellung des Treuhänders gefordert. Er ist schon heute verpflichtet, die Hypotheken nur zu „vorübergehendem Gebrauch" aus seinem Verschluß herauszugeben und von Zeit zu Zeit sich nach deren Verbleib zu erkundigen. Ob man weiter gehen kann, weiß ich nicht. Eine **absolute Sicherheit** gegen Veruntreuungen gewährt das nicht. Auf den konservativen Antrag brauche ich nicht näher einzugehen. Der Antrag Gördeler, zum Treuhänder nicht den bestallten Staatskommissar zu ernennen, ist selbstverständlich. Bei der Ausstellung von Schuldverschreibungen auf den Inhaber an neue Hypothekenbanken den Nachweis des Bedürfnisses zu verlangen — auch das geschieht ja bereits — und darauf zu halten, daß der Name (Firma) der Hypothekenbanken und die Form ihrer Schuldverschreibungen den Inhalt ausschließen, als ob der Staat oder ein Kommunalverband irgend eine Garantie übernehme, ist eine dankenswerthe Anregung. (Beifall.)

Abg. **Fritzen**-Borken (Ctr.):

Wenn man bedenkt, daß die Preußische Hypothekenbank-Aktiengesellschaft fünf Milliarden Hypotheken im Umlauf hat, wird man wissen, welche Unruhe im Publikum durch den Zusammenbruch entstanden ist. Diese Frage ist deshalb die wichtigste der Tagung. Ich bemerke darum, daß ich beantragen werde, die ganze Angelegenheit mit den Anträgen **einer besonderen Kommission** zu überweisen, welche alles Brauchbare herausgreifen soll. Es ist das durchaus kein Mißtrauen gegen die Regierung. Die Budgetkommission ist überlastet. Ich stimme dem Minister zu, daß, wenn eine res integra vorläge, man vielleicht auf den Antrag Heydebrand eingehen könnte, nicht aber jetzt; denn gerade eine große Hypothekenbank hat den Schaden verursacht, und da soll man nicht deswegen die kleinen Banken todtmachen. Auf **städtische Verhältnisse paßt** der konservative Antrag **nicht.** Der Antrag Gördeler hat einen **gesunden Kern.** Die Hypothekenbank hat naturgemäß das Bestreben, möglichst viel Hypotheken und Pfandbriefe auszugeben. Darin liegt eine Gefahr. Der Antrag der Kommission ist ziemlich einfacher Natur. Ich beantrage Ueberweisung der Angelegenheit an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall.)

Abg. Dr. **Crüger** (fr. Vp.):

Ich warne davor, aus der Mißstimmung über die bekanntgewordenen Vorkommnisse die **Klinke der Gesetzgebung** zu ergreifen. Sie werden solche Vorkommnisse nie vermeiden. Es giebt immer nur relative Sicherheiten. Wenn Sie übrigens seinerzeit den Pfandbriefen Mündelsicherheit verliehen hätten, ist damit noch nicht gesagt, daß auch die Sandenschen Banken das Privileg hätten erhalten müssen. Und schließlich, woran ist mehr in den letzten Jahren verloren worden, an den mündelsicheren oder an den nicht mündelsicheren? Wenn Sie die **Abschreibungen,** die an dem Konsolbestand vorgenommen werden müssen, betrachten, werden Sie zugeben: an den mündelsicheren. Ich stimme dem Landwirthschaftsminister darin bei, daß man es nicht hätte verhindern können. Die Bergehen sind so raffinirt verschleiert, daß auch der Aufsichtsrath nicht einmal eine klare Einsicht hatte. Mit der Staatsaufsicht ist direkt Schaden gestiftet worden. Der **Preußischen Hypothekenbank-Aktiengesellschaft** hat sie direkt als Reklame gedient. Den Leuten, die Verdacht schöpften, antwortete die Direktion einfach: **Wir stehen ja seit dem und dem unter Staatsaufsicht. Es kann also nichts vorkommen.** (Hört, hört!) Die Angriffe gegen das Hypothekenbankgesetz sind meiner Meinung nach verfrüht. **Es kommt nur auf die richtige Ausführung** an. Ich halte es für unmöglich, heute gleich zu solchen weit gehenden Anträgen Stellung zu nehmen. Wir würden damit die Regierung vielleicht in eine **schiefe Bahn** drängen. Darum bin auch ich für die Berathung in einer **Fachkommission.** Auch die Vorwürfe gegen den Treuhänder berühren eigentlich nicht das Gesetz. Der Treuhänder hat sich nicht streng an den Buchstaben des Gesetzes gehalten. Allerdings ist auch dies wieder höchst gefährlich. Denn weil der Treuhänder der Grundschuldbank sich an den Buchstaben des Gesetzes hielt und seinen Verschluß nicht öffnete, kam die Grundschuldbank in Konkurs, der ihr 500,000 Mark und mit allen Stempeln nahezu eine Million kostet. Und das bei einem schon leidenden Institut. Die Abschätzung der Hypotheken ist schwer. Die **Regelung des Taxwesens** ist unendlich wichtig. Vorschläge zu machen, muß ich hier ablehnen; eine **Neuordnung** ist indeß **dringend wünschenswerth.** Der Beleiher muß wissen, wie weit er gehen kann. Die hohe Vermittlerprovision hat dazu geführt, manche Pfandbriefe an den Mann zu bringen, die besser im Tresor geblieben wären. Von den Anträgen hat keiner die besondere Sympathie meiner politischen Freunde und meiner selbst. Der konservative Antrag wurde mir erst aus der Begründung des Abg. v. Heydebrand klar, und daraus geht hervor, daß er sich gegen die Entwickelung der Städte richtet. Ich habe das **Geschick der Agrarier** bewundert, selbst diese Vorkommnisse zu einem Antrage gegen die Entwickelung der Städte zu benutzen. Die Landschaften gewinnen natürlich dabei. Er will seinem Antrage, wie es der Abg. Fritzen auslegte, **rückwirkende Kraft geben.** (Widerspruch.) Wenn Sie das nicht wollen, schaffen Sie ja ein solches Monopol für die bestehenden Hypothekenbanken, daß diese Ihnen ein Dankesvotum bringen müßten. Der konservative Redner klagte über die Verschuldung, die **zur Armuth** führe. Das ist die alte Sache, daß die Armuth von der Pauperte herkommt. Wohin kommen Sie (nach rechts)? Sie kommen zur **Verstaatlichung des Kreditwesens!** (Widerspruch.) **Lassalle** wollte Fabrik- und Grundbesitzer expropriiren, Sie wollen die Rollen vertauschen und die **Gläubiger expropriiren!** (Sehr richtig!) Sie schelten über das Spiel der freien Kräfte, vergessen Sie aber nicht, daß trotz seiner Schattenseiten es uns doch die große wirthschaftliche Entwickelung gebracht hat! Schädigen Sie den **städtischen Immobiliarkredit,** so schädigen Sie (nach rechts) Ihren besten Konsumenten. Bei den engen Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land schädigen Sie auch den ländlichen Kredit damit. Ich warne Sie davor! Der Antrag Gördeler spricht **fromme Wünsche** aus: „Liebe Regierung, siehe zu, ob Du nicht bessern kannst." Die Einführung des „Bedürfnisses" ist bedenklich. Was ist Bedürfniß? Nach Ansicht einiger ländlicher Agitatoren ein 8 Mark-Getreidezoll. Er enthält endlich eine vernichtende Kritik der Staatsaufsicht. Wir werden dem Kommissionsantrage zustimmen. (Beifall.)

Abg. Freiherr **v. Wangenheim** (kons.):

Ich kann mich mit einem großen Theil der Ausführungen des Vorredners einverstanden erklären, bedaure aber, daß er wieder die Gelegenheit benutzt, sein Mißtrauen gegen die Agrarier auszusprechen. (Oho! links.) Ich verstehe nicht, wie man in unserem Antrage eine Spitze gegen die Städte erblicken kann. Mit der **Entschuldungsfrage** hat er sich offenbar auch noch nicht genügend befaßt, sonst würde er nicht die Lösbarkeit verkennen. Auf seine sonstigen Anzapfungen will ich nicht eingehen. Bei den **Landschaftsbeleihungen** handelt es sich allerdings um Grundstücke, wo ein spekulativer Schätzungswerth ausgeschlossen ist. Dergleichen giebt es aber auch in kleineren Städten. Wenn das **Berliner Pfandbriefamt** nicht die richtige Thätigkeit entwickelt hat, so ist das bei einer Millionenstadt mit ihrer Bauspekulation verständlich; aber die brandenburgischen Städte wünschen dringend ein öffentlich-rechtliches Beleihungsinstitut derart, wie wir es vorschlagen. Hier haben sich **Auswüchse** gezeigt, die wir für die Zukunft ausschließen müssen.

Wir müssen aber einmal an die Entschuldungsfrage herangehen, und sie kann nur im Zusammenhang mit öffentlich-rechtlichen Instituten nach Art der Landschaften gelöst werden. Mögen Sie die Aufsicht verschärfen, wie Sie wollen, damit bringen Sie der Wiederkehr solcher Verhältnisse nicht vor. Bei allen Privatbanken ist der Direktor die eigentliche Seele und der **Aufsichtsrath** mehr ein **Anspruch**. Ob wir im Wege der Reichs- oder Landesgesetzgebung vorgehen sollen, ist eine offene Frage. Ich glaube, wir werden gegenwärtig im Reiche noch nichts durchsetzen. Die Kommission, der die Frage überwiesen wird, wird hoffentlich etwas Gutes zu Stande bringen, das nicht auf dem Papier bleibt. (Beifall.)

Abg. Dr. **Reyvoldt** (freik.):

So einfach, wie sich der Vorredner die Regelung des Kredites denkt, ist sie doch nicht. Die Städte haben ein wesentlich anderes Kreditbedürfniß als das Land. Dieser Unterschied muß den Leuten vor Augen gehalten, nicht verwischt werden. Deshalb wird es mit solchen städtischen Institution, wie sie der Vorredner vorschlug, nicht gehen. Wenn man vor zwei Jahren den Staatspapieren und den Werthen der Landschaften einen größeren inneren Werth als den Hypothekenpfandbriefen zuerkannt hat, so sollte man doch auch in dem Prinzip des Landschaften den Vorzug in dieser Richtung vor den Hypothekenbanken geben. Man muß sich allerdings hüten, Vorkommnisse eines einzelnen Instituts zu verallgemeinern. Eine **Irreführung** des Publikums durch den **Namen** der Bank und die **Form** der **Schuldverschreibungen** läßt sich vermeiden. Die Provisionen sind allerdings unerhört groß, zwei Prozent sind vielfach gegeben worden. Diese hohe Provision an die Provinzbankiers hat diese dazu gebracht, die Pfandbriefe ihren Kunden aufzuhängen. Unter diesen Krebsschaden leiden weite Kreise gerade durchtiger Kapitalbesitzer. Wenn die Bankiers sich so gewissermaßen bestechen lassen, muß man ja schließlich vor ihnen warnen. **Welche Summen** sind bei dem Zusammenbruche **verloren**! Zinsen von 680,000 Mark sind an die Bank von den **Tochtergesellschaften** einfach nicht bezahlt. Weshalb der Tresor der Hypothekenbank nicht vollständig war, will ich nicht untersuchen. Ungerechtfertigt war aber immerhin die **enge Verbindung** des **Treuhänders** mit der **Aufsichtsbehörde**. Diese sollten nicht identisch sein, denn sie muß doch schließlich bei Streitigkeiten zwischen Treuhänder und Bank entscheiden. Sie muß den Treuhänder unterstützen. Die Regierung wollte dem Treuhänder durch das Hypothekenbankgesetz **Einsicht** in den **inneren Betrieb** der Bank nicht geben. Warum nicht? Es ist geschehen, was nach dem Gesetz geschehen konnte. Wie steht's mit der **Prüfung der Bonität?** Man sagt, mit dieser Aufgabe übernehme man eine Garantie. Keineswegs. Im Reichsgesetz ist der Regierung überlassen, wie sie die Staatsaufsicht führen will. Aber sie muß es doch so thun, daß sie wirksam ist, und dazu gehört die Prüfung der Bonität der Hypotheken. Die ist ausführbar. (Der Schluß der Rede geht auf der Tribüne verloren.)

Ein **Regierungskommissar**

nimmt die Einrichtung der Treuhänder gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie ihre Schuldigkeit nicht thäten. Durch die praktische Berührung mit dem Bankbetriebe gewinnen der Treuhänder und der Aufsichtsbeamte erst die nöthige intime Kenntniß. Die Lage der Pfandbriefgläubiger wäre ohne die energische Einschreiten der Staatsaufsicht noch schlechter geworden.

Abg. **Winckler** (kons.):

Ich kann im Wesentlichen dem Abg. Krüger zustimmen, nämlich dem Anfang seiner Rede. Rektrospektive Betrachtungen müssen der Regierung allerdings unangenehm sein. Ich stimme dem Abg. Dr. Krüger bei, daß die Handlung der Regierung in dieser Sache allerdings eine **breite Angriffsfläche** bietet. Wir haben deshalb auch eine Entschuldigung, wie sie der Geheimrath Holtermann vorbringt hat, nicht für möglich gehalten. Er selbst hat doch seinerzeit die berühigende Erklärung vom 26. Juni 1899 abgegeben, er sagte heute eigentlich: Ja, wir greifen erst ein, wenn die Sache **pleite ist,** wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. (Beifall.) Was nützt denn dann die ganze Staatsaufsicht? **Ungeschickter** kann man sich wohl kaum vertheidigen. Die ganze Haltung dieses Regierungskommissars in der Kommission des Hypothekenbankgesetzes war der Art, daß man zur Meinung kommen mußte, es müsse und dürfe Pfandbriefen die Mündelsicherheit gegeben werden. Das hat in der Verhandlung vor zwei Jahren der Abg. Peltasohn zugegeben. Meine politischen Freunde haben damals ihre Ueberzeugung ausgesprochen, daß die **Mündelsicherheit der Hypothekenbanken nicht gewährleistet** sei. Die Ereignisse haben uns **Recht** gegeben. Die Regierung war, wie bekannt, schwankend. Jetzt wissen wir, wie wenig die Regierung die Verhältnisse übersah und der Beaufsichtigung gewachsen war. Wir haben also dadurch, daß wir die Ertheilung der Mündelsicherheit verhinderten, unabsehbares Unheil abgewendet. (Sehr richtig! rechts.) Dem Reichstag muß man den Vorwurf machen, daß er dem Treuhänder die **materielle Prüfung** der Banken unterzogte und ihm nur eine **formale Thätigkeit** zuwies. Das ist in diesen Tagen auch von der „Frankf. Ztg." anerkannt worden. Vor zwei Jahren habe ich mich bereits **gegen die staatliche Aufsicht** ausgesprochen. Sie würde den Staat schädigen, neuen Verschlungen vorkämen, und das Publikum irreführen. Das ist das wahrste Wort, das in jenen Verhandlungen gesprochen wurde. Wir haben keine Staatsaufsicht, wir haben nur den **Schein ohne das Wesen** einer solchen. (Sehr richtig! rechts.) Der Treuhänder hat mit der Staatsaufsicht nichts zu thun, er hat nicht das Recht materieller Prüfung, er hat nur formale Pflichten, kann also keine Aufsicht ausüben. Die Regierung hat den auffälligen Schritt gethan, hohe Verwaltungsbeamte zu Treuhändern zu bestellen. Vortragende Räthe aus dem Finanz- und Landwirthschaftsministerium haben dies Amt ausgeübt. Mußte da nicht im Lande die Ansicht erzeugt werden, daß die Hypothekenbanken unter dauernder staatlicher Aufsicht stehen? Wer soll denn im Lande wissen, daß die hohen Beamten, die als Treuhänder an der Spitze eines solchen Unternehmens stehen, mit der materiellen Seite nichts zu thun haben? Ueber diesen Punkt herrschte in der Kommission völlige Uebereinstimmung. Meine Freunde halten es für **unrichtig, Personen,** die ein **staatliches Amt** bekleiden, zu **Treuhandern** zu bestellen. Ich ersuche den Minister um Auskunft, wie er sich zu dieser Frage stellt. (Beifall rechts.) Will man die Gesundung herbeiführen, so muß man diesen Punkt nicht vernachlässigen. (Beifall rechts.)

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein**
(schwer verständlich):

Ich erinnere daran, daß von dem ganzen Ministerium erklärt worden ist, daß den Hypothekenbanken die Mündelsicherheit nicht gegeben werden könne, weil sie Erwerbsgenossenschaften seien. Ich habe mich aber **in meinem Gewissen verpflichtet** gesehen, zu erklären, daß die reale Sicherheit in der That vorhanden sei. Hätte ich damals die Erklärung nicht abgegeben, so wäre ein Kurssturz eingetreten. Die Regierung ist auch noch jetzt der Meinung, daß für die Sicherheit eine **reale Grundlage** in den Hypothekenaktien vorhanden ist. Ich würde aber auch heute, obwohl die erforderliche Sicherheit vorhanden ist, die Mündelsicherheit nicht gewähren.

Geheimrath **Holtermann:**

Es ist nicht richtig, daß ich die Mündelsicherheit der Papiere der Preußischen Hypothekenbank auf Grund einer Erklärung der Direktoren habe anerkennen wollen. Das war mir von den verschiedensten Seiten verschiert worden. Ich habe ferner nur erklärt, daß es von Aufsichts wegen nicht möglich sei, die Trennung der Preußischen Hypothekenbanken von den Tochterinstituten herbeizuführen.

Die Erörterung schließt. Die Anträge werden einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung **Sonnabend** 12 Uhr: Oberpräsidium von Berlin, kleinere Vorlagen.

Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag

73. Sitzung vom 21. März, 11 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. Nieberding, Frhr. v. Thielmann, bayerischer Bevollmächtigter Graf Lerchenfeld, Reichsbankpräsident Dr. Koch.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Die **dritte Berathung des Etats** wir fortgesetzt beim **Justizetat.**

Abg. Dr. **Spahn** (Ctr.):

Es berührt etwas eigenthumlich, wenn man am **30. Geburtstag des Reichstages** noch auf eine mangelnde Rechtseinrichtung zurückkommen muß. **Ich meine die Verordnung vom Jahre 1879 über** die in Deutschland geltenden Bestimmungen, die beim Reichsgericht revisibel sind, und die es nicht sind. Sie bedarf dringend der Abänderung. Der zweite Punkt, den ich zur Sprache bringen muß, betrifft die durch eine Resolution des Reichstages schon vor Jahren verlangte Zusammenstellung derjenigen **bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten,** bei denen in den einzelnen Bundesstaaten der ordentliche Rechtsweg zulässig ist, und bei denen die Entscheidung im Verwaltungswege erfolgen kann. Endlich möchte ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß bei den Berathungen der Kommission, an die der **Toleranzantrag** zur Vorberathung überwiesen ist, Vertreter der Reichsregierung nicht erschienen sind.

Staatssekretär Dr. **Nieberding:**

Die Verordnung vom Jahre 1879, welche die Grenze zieht zwischen denjenigen in Deutschland geltenden Bestimmungen, die revisibel vor denen Reichsgerichte sind, und denjenigen, die es nicht sind, hat, wie ich zugeben muß, manche Schwäche in der Entwickelung unseres Rechtslebens gezeigt. Ich will auch weiter zugeben, daß der Zeitpunkt kommen wird, wo die Regierung sich die Frage vorlegen muß, ob diese Verordnung nicht einer Abänderung nach Maßgabe der neuen Rechtsentwickelung bedarf. Ob aber der Zeitpunkt jetzt schon gekommen ist, die Frage zu regeln, muß ich dahingestellt sein lassen. Im Prinzip besteht zwischen dem Standpunkt des Vorredners und unserer Auffassung kein Unterschied. Dann ist der Vorredner auf den Beschluß des Reichstages bei Gelegenheit der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches gekommen, der dahin geht, dem Reichstage eine übersichtliche Zusammenstellung darüber vorzulegen, wie weit in den Einzelstaaten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der ordentliche Rechtsweg zulässig ist, und wie weit die Verwaltungsgerichtsbehörden zuständig sind. Der Beschluß des Reichstages wurde gefaßt auf unsere bereitwillige Zusicherung in der Kommission. Sie können schon daraus entnehmen, daß wir nicht Willens sind, uns dieser Verpflichtung zu entziehen. Wir haben auch alsbald nach dem Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches Hand an die Sache gelegt, aber sie ist nicht so leicht, wie sie sich vielleicht der Vorredner denkt. Die Zusammenstellung ist für Preußen im Großen und Ganzen fertig, für Bayern geht sie ihrer Fertigstellung entgegen; sobald sie vollständig vorliegen wird, soll sie dem Reichstage sofort zugehen. Was die Theilnahme von Kommissaren an der Berathung des Toleranzantrages durch die Kommission betrifft, so hat der Reichskanzler dem Reichsjustizamte einen dahin gehenden Auftrag nicht ertheilt. Ich muß also den Herren überlassen, sich mit ihren Wünschen an den Reichskanzler zu wenden. Außerdem werde ich aber nicht zögern, die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers auf diesen Gegenstand zu lenken.

Abg. **Gröber** (Ctr.):

Auch ich wünsche, daß die von meinem Kollegen Dr. Spahn angeregte Reform bald möge vorgenommen werden können, und daß womöglich der jetzige Staatssekretär seinen Namen damit verknüpfe. Im Uebrigen empfehle ich meinen Antrag, dem Reichstag eine Statistik über die Fälle der bedingten und unbedingten **Begnadigungen** vorzulegen, dringend zur Annahme.

Staatssekretär **Nieberding:**

Ich habe es schon früher ausgesprochen, daß eine Reform des Strafrechts nothwendig ist. Die Vorarbeiten dazu sind aber schwierig und erfordern Zeit. Auch die gewünschte Statistik kann ich für die nächste Zeit noch nicht zusagen. Das Begnadigungsrecht beruht auf landesgesetzlichen Bestimmungen und hat mit der Reichskompetenz nichts zu thun. Die verbündeten Regierungen dürften sich zur Vorlage einer solchen Statistik an die Landtage schwerlich verstehen. Ich bitte, die Resolution abzulehnen.

Abg. Dr. **Spahn** (Ctr.):

Die Gründe des Staatssekretärs sind nicht durchschlagend, ich bitte daher, die Resolution trotzdem anzunehmen.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Auch ich glaube nicht, daß gegen die Resolution prinzipielle Gründe vorliegen. Es soll keine Kontrole über die einzelnen Fälle ausgeübt und in das Kronrecht der Landesherren nicht eingegriffen werden. Solche Statistik wäre sehr nützlich für eine Reform des Strafrechtes.

Abg. **Heine** (soz.):

Ich hatte versprochen, auf die **Angriffe des preußischen Justizministers** zurückzukommen und hatte erwartet, daß Herr Dr. Schönstedt hier erscheinen würde, obwohl er hier nicht einen solchen Chor von Bravorufern hat. Er zieht aber das Abgeordnetenhaus als Kampfplatz vor. Wir müssen uns im Interesse der Verfassung einen solchen Ton, wie ihn der Minister Schönstedt anzuschlagen beliebt hat, ganz entschieden verbitten. Die Minister sind keine Bestandtheile der Verfassung, sondern nur **Hilfskräfte.** Der Minister weiß, daß es eine alte Sitte ist, bei Erörterung des Reichsjustizetats Mißbräuche in der Justizverwaltung der Einzelstaaten zur Sprache zu bringen. Er hat, als er im Abgeordnetenhause sprach, gewußt, daß eine derartige Debatte hier bereits im Gange war, und er hatte gar keine Entschuldigung, nicht hierher zu kommen. Ich will mich nun nicht auf den Standpunkt des parlamentarischen Prozesses stellen (Heiterkeit) und verlangen, daß der Minister eine untergeordnete Stellung einnehmen soll. Aber ich frage: wie kann ein gedeihliches Zusammenwirken des Reichstages mit den Bundesregierungen gedacht werden, wenn Minister des größten Bundesstaates sich in den Schmollwinkel setzen, nicht mehr mitspielen wollen und blos von der gesicherten Stelle in der Prinz Albrechtstraße aus **Kraftworte** herüberschleudern — um nicht einen anderen Ausdruck zu gebrauchen? (Zurufe.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Ich bitte, alle Zurufe zu unterlassen. Das hält nur unsere Berathungen auf, und die wollen wir doch zu Ende bringen.

Abg. **Heine** (fortfahrend):

Hier ist der Platz, wo das öffentliche Gewissen wachgerufen werden muß gegenüber Mißbräuchen in der Justizverwaltung. Dieses Recht ist beispielsweise auch von der Centrumspartei selbst Gerichtsurtheilen gegenüber recht oft in sehr wirrungsvoller Weise wahrgenommen worden. Es beschränkt sich nicht blos auf allgemeine Grundsätze und Uebelstände in der Verwaltungspraxis, sondern es erstreckt sich auch auf die einzelnen Fälle, denn aus einzelnen Fällen setzt sich die Verwaltungspraxis zusammen, und es gilt nicht nur für eigenthümliche Gerichtsurtheile und Verwaltungshandlungen, sondern auch für alle anderen Akte der Justiz, mögen sie ausgeübt werden, von wem auch immer. Auch das **Begnadigungsrecht der Krone** ist doch nicht ein Recht zu persönlichen Launen, sondern ein Ausfluß der Justizhoheit — mag man sagen der höchste Ausfluß —; es darf jedenfalls nur geübt werden im Einklange mit den ganzen Grundsätzen der Rechtspflege, der Gerechtigkeit und Billigkeit, und wie jeder Mensch und jede Behörde ein moralisches und ein politisches Urtheil über sich ergehen lassen muß, so gilt das auch von diesen Akten der Justizhoheit. Darum komme man uns nicht damit: es sind Kronrechte, es hat Keiner das Recht, die Frage hier zu erörtern, ob die Krone so oder so handelt. So viel über die Kronrechtsfrage.

Ueber die **Behandlung der jüdischen Juristen im preußischen Staatsdienst** hat der Minister Schönstedt gesagt — was ich ihm damals etwas unterstrichen hatte —, kein einziges Ressort in Preußen nehme Juden auf, und er hat sich noch besonders gerühmt, daß sein Ressort am wenigsten ungesetzlich verfahre. Er hat ja inzwischen eingesehen, daß es nicht wohlgethan sei, so aus der Schule zu plaudern. Munter Borussia ist wüthend gewesen, daß ihr Kind so offenherzig war, und wie ich ganz genau weiß, hat man den Minister genöthigt, zu widerrufen. Er hat gesagt, er müsse zugeben, daß es kein ganz zutreffender Ausdruck gewesen sei. Aber was er gesagt hatte, war wahr, und diese Wahrheit hat er widerrufen müssen. Es heißt, die Geschichte wäre noch nicht zu Ende, **der Lucanus singe um.** Ich glaube es nicht. Ich kenne die Gesichtspunkte, nach denen man in Preußen die Vorzüglichkeit eines Beamten beurtheilt, nachgerade genug, um zu wissen, daß alkein die Thatsache, daß der Herr von mir vielleicht etwas fest angefaßt worden ist und auch heute angefaßt wird, genügt, um ihn in den Auf eines ganz besonders tüchtigen Staatsbeamten zu bringen und ihm seine ministerielle Lebensdauer noch recht lange zu erhalten. (Heiterkeit.) Spaßig wäre es ja, wenn dieses Lustspiel dadurch zur Tragikomödie würde, daß es zur Katastrophe käme, weil Herr Schönstedt die Wahrheit gesagt hat, ... die Wahrheit, die Jeder in Preußen kennt. Es giebt ein Lustspiel mit dem Titel: „Weh' dem, der lügt!" Das preußische Lustspiel müßte heißen: **„Weh' dem, der die Wahrheit sagt!"**

Es ist recht schade, daß die Aeußerungen, die Herr Schönstedt im preußischen Abgeordnetenhause gegen mich gethan hat, nicht ebenso offen, wahr und sachlich gewesen sind wie das, was er über die preußische Verwaltungspraxis bezüglich der Juden gesagt hat. Herr Schönstedt hat durchgängig hier die Praxis verfolgt, von der ich neulich schon erklärt habe, daß sie bei zukünftigen Advokaten heute nicht mehr als angemessen gilt, nämlich mit großem Applomb auf Angriffe zu antworten, die kein Mensch erhoben hat. Dinge zu dementiren, die man nicht gesagt hat. Ich hatte beiläufig zu dementiren, die man nicht gesagt hat. Ich hatte beiläufig auf die übertriebene und unrichtige Anwendung der juristischen Konstruktion des dolus eventualis bei Majestätsbeleidigungsprozessen hingewiesen. Flugs erklärte Herr Schönstedt, dessen Namen ich in meiner ganzen Rede nicht einmal genannt hatte, er sei nicht der Erfinder des dolus eventualis. Wir sind so häufig in der Lage, den Kriegsminister Vorhaltungen über Mißbrauch des Schießgewehrs und dergleichen machen zu müssen. Ist es je einem Kriegsminister eingefallen, zu sagen: **Ich habe das Schießpulver nicht erfunden?** (Heiterkeit.) Ich glaube, kein Mensch, der sich je über den dolus eventualis ausgesprochen hat, hat dem Minister Schönstedt zugetraut, daß er dieses juristische Schießpulver des dolus eventualis erfunden hätte. Es handelt sich gar nicht um die Erfindung, sondern um die mißbräuchliche Anwendung dieses an sich berechtigten juristischen Begriffes. Es werden heute ehrlichen und nothwendigen juristischen Begriffes. Es werden heute Leute verurtheilt wegen eines Sinnes ihrer Aeußerung, den sie, wie Leute verurtheilt wegen eines Sinnes ihrer Aeußerung, den sie, wie gestellt worden ist, nicht gewollt haben, von dem aber ihnen unterstellt worden ist, nicht gewollt haben, von dem aber ihnen unterstellt wird, sie hätten wenigstens eventuell das Einverständniß damit gelegt wird, sie hätten wenigstens eventuell das Einverständniß damit gelegt gehabt, daß irgend ein Anderer das daraus lesen könne. Eine solche gehabt, daß irgend ein Anderer das daraus lesen könne. Eine solche künstliche juristische Konstruktion wird vom schlichten Rechtsbewußtsein künstliche juristische Konstruktion wird vom schlichten Rechtsbewußtsein des Volkes als eine unehrliche empfunden, und gegen diese Anwendung des Volkes als eine unehrliche empfunden, und gegen diese Anwendung des dolus eventualis habe ich mich ausgesprochen. Es sind ja gerade die Staatsanwälte, die derartige juristische Konstruktionen ausdolus eventualis habe ich mich ausgesprochen. Es sind ja gerade die Staatsanwälte, die derartige juristische Konstruktionen ausdecken und mit Eifer vertreten, und den Eifer dieser decken und mit Eifer vertreten, und den Eifer dieser Herren kann der Minister zügeln, zurückhalten. Er ist Herren kann der Minister zügeln, zurückhalten. Er ist mit verantwortlich, wenn diese **unehrliche Konstruktionsweise des dolus eventualis** immer mehr um sich greift.

Ich kam dann auf den Fall des Landgerichtsdirektors Schmidt, der verantalst worden war, aus seiner Stellung zu gehen, weil er in einem politischen Prozesse gegen Harden auf Freisprechung erkannt hatte. Darüber hat Herr Dr. Schönstedt gesagt (Redner verliest die Stelle wörtlich aus dem stenographischen Bericht), wenn Jemand von ihm behaupte, er habe einen solchen Einfluß auf den Landgerichtsdirektor Schmidt ausgeübt, so sage er damit die Unwahrheit, und wenn Jemand diese Behauptung jetzt noch einmal wiederhole, so sei er **ein frecher Lügner.** Der stenographische Bericht verzeichnet dabei „Bravo". Wenn ich nun hier sagen wollte: wenn der Justizminister Schönstedt mir etwas in die Schuhe schieben sollte, was ich nie gesagt habe, und wovon anzunehmen, daß ich es gesagt hätte, er nicht den geringsten Grund hat, so müßte ich das eine grobe Unwahrheit und ihn einen frechen Lügner nennen, dann würden Sie wahrscheinlich sagen, daß das, die, wenn auch nur hypothetische, so doch jedenfalls erkennbare Insinuation der groben Unwahrheit und der Lüge enthielte. Ich habe kein Bedürfniß zu einer solchen Ausdrucksweise. Ich habe diesen Satz nur gebildet, um Ihnen zu zeigen, wie schön sich das macht. Dabei würde bei mir die Sache noch anders liegen als bei Herrn Schönstedt, denn ich habe Veranlassung, mich über ihn zu beklagen; Herr Schönstedt aber hat mir gegenüber gar keine Veranlassung gehabt, diese hypothetischen Insulten auszusprechen, denn ich habe nicht gegen ihn die Beschuldigung gerichtet, auf den Landgerichtsdirektor Schmidt einen Druck ausgeübt zu haben . . ich hatte seinen Namen nicht einmal genannt. Ich kann mich ja freilich in die Seele eines solchen Mannes hineindenken, **der jeden Augenblick einen unerwünschten Besuch erwarten zu müssen glaubt.** Das macht nervös. Da muß man vor allen Dingen suchen, seinen Eifer zu bethätigen, um — allerdings recht zweifelhafte — Lorbeern zu pflücken. In solcher fatalen Lage konstruirt man dann den Fall, daß der Gegner etwas gesagt hat, was er absolut nicht gesagt hat, um wenigstens hypothetisch Krafiworte, wie „grobe Unwahrheit" und „frecher Lügner" in die Welt schleudern zu können. Die Zuhörer, wenn sie nicht ganz genau aufpaßten, und namentlich, wenn sie so wohlmeinend sind wie im preußischen Abgeordnetenhause, denken dann, der Gegner hat das wirklich gesagt, und freuen sich, daß er so gebrandmarkt wurde, daß es ihm so schön gegeben worden ist. Ich unterlasse es, diese Sorte von Taktik zu kennzeichnen, weil ich mich in parlamentarischen Grenzen halten will. Ich möchte nur mit dem Citat antworten: **Das war kein Heldenstück, Otabio!**

Die Thatsache, daß auf den alten Schmidt ein solcher Druck ausgeübt worden ist, steht fest. Herr Schönstedt sagte, das war vor meiner Zeit. Wenn die Köchin den Kaffee in einer abgeschlagenen Kanne auf den Tisch bringt, so sagt sie auch: das war schon vor meiner Zeit. Wird dadurch die Kanne wieder ganz? Wir wünschen nicht, daß das Symbol unserer Rechtspflege **ein zerschlagener und zerstoßener Topf** sei. Erbittert hat mich die Aeußerung des Herrn Schönstedt: Schmidt ist ja ein Schwächling gewesen; bei mir hätte der Mann kein Glück gehabt, weil er sich hat beeinflussen lassen. **Das ist wirklich ein starkes Stück.** Wenn sich die preußische Justizverwaltung auf den Standpunkt stellt, dann kommt mir das gerade so vor, wie wenn Einer einem Mädchen die Ehre nimmt und hinterher mit Fingern auf sie zeigt und sagt: Pfui! Die schlechte Dirne! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Erst hat man den alten unglücklichen Mann der einmal schwach gewesen ist, zu dem gebracht, was da geschehen ist, und dann soll die Schande ihn treffen und nicht die Institutionen, die an ihm diese That verübt haben. Das ist eine merkwürdige moralische Auffassung. Aber ich kenne diese Weise. Das ist so **die richtige Juristenart.** (Große Heiterkeit.) Die Nachwirkungen dieses Falles Schmidt sind geeignet, das Gefühl der Unabhängigkeit der erkennenden Richter auf lange Zeit zu gefährden und zu erschüttern. Ich will dem Herrn Minister sagen, wie er wirklich scheidig hätte antworten können: Wenn Herr Schönstedt sich hingestellt und offen und ehrlich gesagt hätte: Ich mißbillige, was man an Schmidt gethan, ich werde dafür sorgen, daß nie wieder ein Richter wegen eines politischen Prozesses von seinem Platz weggeschafft werden soll, ich erkenne es sogar als Zeichen großer Gewissenhaftigkeit, großen Ehrgefühls an, wenn ein Richter einen wegen Majestätsbeleidigung angeklagten Schriftsteller freispricht, **obgleich er weiß, daß seine Majestät die Verurtheilung wünscht.**

Präsident Graf **Ballestrem:**

Sie dürfen nicht sagen, daß Majestät auf Richter einen Einfluß geübt hat, daß er eine Verurtheilung wünscht. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. **Heine** (fortfahrend):

Ich glaube, daß der Herr Präsident mich vollständig falsch verstanden hat, denn ich habe das nicht gesagt. Der stenographische Bericht wird den Herrn Präsidenten doch wohl überzeugen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und ich werde dann erwarten, daß der Herr Präsident seinen Ordnungsruf zurücknimmt. So schweidig ist der Minister nicht gewesen, und er hat damit sich und der Justiz keinen guten Dienst geleistet. Ueber seine Grundsätze gegenüber **Majestätsbeleidigungsprozessen** hat der Minister gesagt, er liebe nicht diese kleinen Majestätsbeleidigungsklagen gegen ungebildete Personen, die die Tragweite ihrer Worte nicht kennen. Es kann Einen zunächst wundern, wie es je möglich sein soll, daß bei richtiger Anwendung des Gesetzes Leute wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und wegen Worte verurtheilt werden, deren Tragweite sie nicht kennen. Aber allerdings sind massenhaft derartige Verurtheilungen erfolgt, und es ist immerhin ein Verdienst des Ministers, wenn er sich bemüht, da Einhalt zu thun, denn solche Prozesse fördern nicht das Ansehen der Justiz und machen die Dynastie unpopulär. Er hätte sich ein noch größeres Verdienst erwerben können, wenn er auch Anklagen gegen Leute verhüten wollte, die in bester Ueberzeugung, und weil sie glauben, ihre politische Pflicht zu erfüllen, an Handlungen des Kaisers eine Kritik geübt haben. Man hat in letzter Zeit sogar **Kritiken der Regierungspolitik** als Majestätsbeleidigungen verfolgt, auch dann, wenn jede Anspielung auf die Person des Kaisers fehlte, und zwar hat man das so begründet, daß die Politik der Regierung die Politik des Kaisers sei, und eine Kritik der Politik des Kaisers nichte sich gegen seine Person. So ist Quark in Frankfurt wegen einer Kritik der Thronrede verurtheilt worden. In Altona hat ein Herausgeber von Flugblättern sechs und neun Monate Gefängniß erhalten, obwohl sich die Blätter nur gegen die Regierungspolitik richteten und nicht mit einem Worte vom Kaiser sprachen. Es heißt da: „Darin liegt der Schwerpunkt der ganzen Welt- und Weltpolitik, wie sie von unseren Hurrahpatrioten befürwortet wird. Großspurige Reden, Säbelgerassel, Soldaten, Uniformen, Flottenspielereien, Deutschland in der Rolle des prahlerischen Riesen

Goliath." Das Landgericht in Altona hat gesagt, mit den „grobsprurigen Reden und dem prahlerischen Riesen Goliath könne offenbar nur der Kaiser gemeint sein. (Große Heiterkeit.) Ob das gerade sehr taktvoll gewesen ist und sehr von Respekt für die Person des Kaisers zeugt, überlasse ich den Herren drüben, zu beurtheilen. Eine Unterbindung der öffentlichen und politischen Kritik, soweit sich Beziehungen zum Kaiser herauslesen lassen, eine solche Maulkorbjustiz ist zu allen Zeiten ein sicheres Zeichen politischen Verfalles gewesen. Wir sind jetzt glücklich zu dem Majestätsbeleidigungsbegriff der Zeiten der **Kaiser Tiberius** und **Caligula** gekommen. Das mag ja nach dem Geschmack der Leute sein, die den Lieblingsspruch Caligulas „Oderint dum metuant" zu ihrer eigenen Devise machen. Aber das Volk bedankt sich für eine derartige Politik, die es zu einer **stummen, zitternden Sklavengesellschaft** machen müßte. Die Herren, die die Geschichte kennen, werden wissen, wohin eine solche **Caligula-Politik** führt. Ich sollte meinen, daß gerade Leute, die ein ehrliches Gefühl für die Interessen der Monarchie haben, einen solchen Mißbrauch der Majestätsbeleidigungsprozesse in der Unterbindung jeder offenen und ehrlichen Kritik am allerersten verdammen würden. Denn das Ansehen der Monarchie kann dadurch nicht gefördert werden, dagegen wird die Ehre und die sittliche Kraft der Nation damit rettungslos untergraben und zerstört. Aber die Wahrheit kennt und sagt nicht nur von dem Einzelnen, sondern auch von ganzen Nationen; und ein Volk, das sich selbst die Möglichkeit nimmt oder nehmen läßt, die Wahrheit zu sagen, gehört auch zu den erbärmlichen Nichten. Und wenn ich zu dieser Sache das Wort genommen habe, so habe ich es gethan, weil mir daran liegt, mein deutsches Volk vor solcher Schande zu bewahren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf **Ballestrem**:

Der Herr Abg. Heine hat mit Bezug auf den Ordnungsruf, den ich ihm ertheilt habe, von dem schlecht informirten Präsidenten an das durch den stenographischen Bericht besser zu informirenden Präsidenten appellirt. Ich habe mir die stenographische Aufzeichnung der Worte kommen lassen, die mir zu der Rüge Anlaß gegeben haben. (Der Präsident verliest die Stelle.) Ich stelle es Jedem anheim, zu beurtheilen, ob mein Ordnungsruf berechtigt war oder nicht. (Sehr gut! rechts.) **Ich halte den Ordnungsruf aufrecht.** (Beifall.) (Abg. **Heine**: Dann möchte ich uns Wort bitten.) Ueber den Ordnungsruf wird nicht diskutirt. (Heiterkeit.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**:

Der Herr Abg. Heine hat im Eingange seiner längeren Ausführungen Veranlassung genommen, sich über den Ton zu beschweren, den der Herr preußische Justizminister in der Diskussion im Abgeordnetenhause angeschlagen habe. Ich habe an diese seine Beschwerde lediglich im Verlaufe seiner Rede denken müssen und mir die Frage vorgelegt, ob nach dem, was er hier vorgetragen hat, ihm die Legitimation dazu beiwohnte. (Sehr richtig! rechts.) Die gegen den preußischen Justizminister gemachten Ausführungen waren zunächst durchsetzt mit persönlichen Bemerkungen, die nicht nach meinem Geschmack sind, die ich auch nicht weiter erwähne. Ich kann da seine Rede nur, soweit sie gegen den preußischen Justizminister gerichtet war, **als ein Meisterstück** bezeichnen, wie man einen Advocaten **mit spitzigen Bemerkungen** bedienen kann. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Er konnte ja hier sein!)

Ich habe nur zwei Sachen richtig zu stellen, die der Abg. Heine vorgebracht hat, um über den Minister Klage zu führen. Er hat zunächst die Bemerkung, die der Justizminister über den Landgerichtsdirektor Schmidt gemacht hat, hier so dargestellt, als wenn für diesen besonders ehrenrührig gewesen wäre. Ich will Ihnen vorlesen, was der Justizminister gesagt hat, und dann das Urtheil im hohen Hause überlassen. Nach dem stenographischen Berichte hat der preußische Justizminister gesagt: „Wenn die Darstellung des Falles, wie sie von dem Abg. Heine im Reichstage gegeben worden, richtig ist, dann, meine Herren, muß ich bekennen, daß der Landgerichtsdirektor Schmidt, der ein sehr ehrenwerther Mann gewesen sein soll," — er hat ihn persönlich nicht gekannt — gegenüber ein sehr schwacher Mann gewesen ist." Wenn der Justizminister über einen Beamten, über den der Abg. Heine hier ganz andere Dinge erzählt hat, die meiner Meinung nach viel weiter gehen (Sehr richtig! rechts), nur das gesagt hat, dann möchte ich gegen, wie der Abg. Heine dazu kommt, das alles vorzutragen und Spitzen und Beschuldigungen gegen den Justizminister zuspitzen, wie es vorhin geschehen ist. (Sehr wahr! rechts.) Er hat dann den Vorwurf erhoben, die Richter seien nicht unabhängig, sondern Einflüssen von anderen Stellen ausgesetzt, und hat auch hier in der Stellungnahme des Justizministers dazu Kritik geübt. Auch in dieser Beziehung giebt der stenographische Bericht ein deutliches Zeugniß. Der Justizminister hat gesagt: „Ich will Ihnen dahin Erklärung geben, daß, wenn der Abg. Heine die Behauptung aufstellt, wie der Versuch gemacht worden, irgend einen Richter zu beeinflussen, oft oder indirekt, unverblümt oder verblümt, durch Gunst oder Ungunst . . ., daß das Unwahrheit ist." (Sehr gut! rechts.) Wie kommt Abg. Heine dazu, zu sagen, der Justizminister habe nicht das Seine gethan, um die Unabhängigkeit der Justizbehörden zu rechtfertigen.

Dann komme ich auf einen Punkt, der mich persönlich betrifft. Herr Abgeordnete hat bei der zweiten Berathung des Etats mir den Vorwurf gemacht, daß ich kein tüchtiger Advokat sei, was ich gern acceptire, und nur deßhalb sei es dazu gekommen, ihn anzugreifen, obwohl er ganz etwas Anderes gesagt habe. Ich habe gegen diese Erklärung nichts gesagt, sie gegen mich persönlich gerichtet war; ich betrachtete diese Wendung, die nach seiner Meinung die Art eines tüchtigen Advokaten als goldene Brücke für ihn, um die Ehre der preußischen Richter, der vorher angefochten hatte — was ich damals erklärte — heute aufrecht erhalte —, wieder einigermaßen herzustellen. Durch seine damaligen abgeschwächten Ausführungen ist mir Genüge geschehen; er hat sich Mühe gegeben, die Ehre der preußischen Richter wieder herzustellen. Wenn er dann behauptet, daß ich ihm Unterstellungen und Vorwürfe gemacht habe, so will ich an der Hand des stenographischen Berichtes hier das hohe Haus zum Richter anrufen. (Der Staatssekretär verliest unter Darlegung des Vorganges auf Grund des stenographischen Berichtes diesen im Einzelnen durch zum Beweise des Gegentheils fährt dann fort:) Der Herr Abgeordnete Heine hat nun Genugthuung genommen, das von neulich zu korrigiren, indem er es als allgemeine Schwäche der preußischen Richter hinstellte, die nicht im Stande seien, zu widerstehen; dem Richter ähnlich, sagte er, könne er aus der Sache einen Vorwurf nicht machen. Ich wundere mich über dieses geringe Maß von Anforderung, das der Abg. Heine an die moralische Stärke der Richter stellt. Wenn das wahr wäre, dann würde ich diese Richter entweder **Schwachköpfe** oder **charakterlose Menschen bezeichnen**; sie sind nicht werth, Richter zu sein. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Aber es ist nicht wahr, und der Abg. Heine hat auch keine Thatsache beigebracht, die geeignet wäre, den Charakter der Richter anzutasten oder eine verletzenden Vorwürfe aufrecht zu erhalten. So weit die persönliche Seite der Sache.

Ich noch einige sachliche Punkte. So weit sich seine Ausführungen auf die Vertretung der Landesregierungen durch ihre Minister in hohen Hause bezogen, so dürfen sie nicht unwidersprochen bleiben. Der Abg. Heine hat behauptet, daß die einzelstaatlichen Minister verpflichtet wären, wenn ihre Behauptungen aufgestellt wären, die gegen ihre Verwaltung gerichtet sind, hier zu erscheinen vor dem hohen Hause Rechenschaft über Klagen zu geben. Der Abgeordnete befindet sich in einem **verfassungsrechtlichen Irrthum.** Es steht keineswegs jedem Minister eines Bundesstaates frei zu, hier zu erscheinen; im Gegentheil, sie sind dazu nur insoweit berechtigt, soweit sie auch Mitglieder des Bundesraths sind. Wenn ein gegenwärtiger gegen die Verwaltung **eines** Ministers Anklage erhebt, der zufällig nicht Mitglied des Bundesraths ist, so kann dieser nicht in der Lage sein, eine Rechtfertigung hier vorzutragen. (Abg. der Sozialdemokraten: der Justizminister ist aber Mitglied des Bundesraths. Ah! links.)

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich bitte wiederholt: **keine Unterbrechungen.**

Staatssekretär Dr. **Nieberding** (fortfahrend):

Ich muß aber, daß die Minister nicht ohne Weiteres berechtigt sind, hier zu erscheinen, folgt ohne Weiteres auch, daß die Abgeordneten nicht berechtigt sind, sie zum Erscheinen hier aufzufordern. Die Verfassung sagt ausdrücklich: „Die Mitglieder des Bundesrathes sind berechtigt, hier zu erscheinen", aber nicht, sie sind verpflichtet. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sonst würden Sie ganz unmögliche Verhältnisse schaffen. Den Ministern würde ja nichts anderes übrig bleiben, als sich jederzeit hier bereit zu halten, auf alle mehr oder minder berechtigten Vorwürfe hier zu antworten und hier Rede zu stehen. Daraus entstünde eine **Centralisirung der Verwaltung,** die dem Geiste der Verfassung widerspricht. (Sehr richtig! rechts.) Aber auch, wenn die Minister hier erscheinen sollen, sind zweifellos zwei Voraussetzungen zu erfüllen: daß sie rechtzeitig erfahren, daß man sie angreifen will, und daß man Thatsachen vorbringt und nicht allgemeine Anschuldigungen. (Sehr richtig! rechts.) Beschwerde zu erheben ist eigentlich nur möglich bei dem einzig verantwortlichen Reichskanzler. Dieser aber auch nur unter den oben mitgetheilten beiden Bedingungen. Gegenüber dem Versuche, Dinge vorzubringen, die der Minister nicht kennt und ihn auf diese Weise einfach stumm zu machen, werden wir jederzeit Widerspruch einlegen. Sonst würden wir uns überrumpeln lassen müssen.

Abg. **Haase** (soz.):

Herr Schönstedt fühlt wohl die Schwäche seiner Position, so daß er hier nicht erschienen ist. Seine Behauptung, daß **Beeinflussungen von Richtern** nicht stattgefunden haben, ist unrichtig. Ich kenne einen Fall, in dem offenbar eine Beeinflussung stattfand. Im Jahre 1899 erschien in Ostpreußen eine Druckschrift, durch die sich die Großgrundbesitzer dort beleidigt fühlten. Sie stellten gegen den Verleger und Redakteur Strafantrag, den aber sowohl der Königsberger Staatsanwalt wie der Oberstaatsanwalt ablehnten. Damit waren aber die Antragsteller nicht zufrieden. Am 23. März hielt nun Graf Klinckowström eine schneidige Rede im Herrenhause, in der er eine Beeinflussung und Instruktion der Staatsanwälte und der Richter verlangte dahin, daß solche Preßäußerungen als Aufreizung zum Klassenhaß betrachtet würden. Herr Schönstedt erwiederte und lehnte eine Beeinflussung der Richter zwar offiziell ab, legte es den Richtern und Staatsanwälten aber nahe, ob sie nicht das allgemeine Staatsinteresse bei solchen Fällen im Auge behalten könnten. Das war ein **Wink mit dem Zaunpfahl.** Graf Klinckowström beschwerte sich dann nochmals über die leichten Freiheiten, die Anweisung ein, die Staatsanwaltschaft solle die Anklage erheben. Es soll in vertraulicher Weise beim Ersten Staatsanwalt ein Schreiben des Justizministers eingetroffen sein, in dem eine Belehrung der Richter enthalten war. (Hört, hört! links.) Dann nahm die Sache den gewünschten Verlauf, der Staatsanwalt hielt seine Brandrede und der Schluß war eine Verurtheilung zu sechs Wochen Gefängniß. Hat hier die Justiz nicht die Binde von den Augen genommen? Das paßt unter einem Justizminister, der den Grundsatz hat: **si duo idem faciant, non est idem.** Man kann nicht verlangen, daß im Klassenstaat keine Klassenjustiz getrieben wird, wohl aber daß die Justiz nicht prostituirt wird. Das Vertrauen in die Rechtspflege muß auf diese Weise erschüttert werden.

Staatssekretär Dr. **Nieberding**:

Die verbündeten Regierungen haben in dieser Frage keine bloße Verzögerung eintreten lassen, sondern es sind bei diesem Problem große Widerstände zu überwinden. Bis zur nächsten Session kann jedenfalls ein Gesetzentwurf noch nicht hergestellt werden.

Abg. **Heine** (soz.):

Bei dem Zusammenarbeiten des Reichstages mit dem Bundesrath kann nicht Jeder auf seinem Schein bestehen, Jeder muß Entgegenkommen bezeugen. Wenn die preußischen Minister hier nicht erscheinen, werden die Verhandlungen nur erschwert. Wir können uns doch durch das Fernbleiben der Minister nicht mundtodt machen lassen. Von dem Fall Schmidt hat Herr Nieberding nicht ein Tüpfelchen abgestrichen, ebenso wenig wie Herr Schönstedt. Letzterer ist sicher gut informirt. Wege Beschuldigungen habe ich nicht aufgestellt. Ich bemängelte nur, daß der Justizminister kein Wort der Mißbilligung für die Behandlung Schmidts gehabt hat. Ueber den Druck auf Schmidt spricht man sich ministerieller seits deßhalb nicht mißbilligend aus, weil man Jemand nicht mißbilligen will, den man nicht mißbilligen darf.

Abg. **Stadthagen** (soz.):

Ich werde auf den Königsberger Fall jetzt nicht eingehen, wo die Herren **mit gepackten Koffern** hier sitzen, sondern später bei Gelegenheit, wo vielleicht auch der preußische Justizminister anwesend ist.

Hierauf wird die Erörterung geschlossen. — Die **Resolution des Abg. Beckh** wird unter Streichung der Worte „bis zur nächsten Session" **angenommen;** desgleichen die **Resolution Gröber.**

Damit ist der Justizetat erledigt. Es folgt der Etat des **Reichsschatzamtes.**

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Der Herr Reichskanzler hat in Aussicht gestellt, daß **der Zolltarif** uns noch in dieser Session zugehe. Kann der Herr Schatzsekretär jetzt etwas Bestimmtes mittheilen?

Staatssekretär Freiherr **v. Thielmann**:

Der Zolltarif ist im Reichsschatzamt, wie dem Hause bekannt ist, bereits abgeschlossen. Er unterliegt gegenwärtig der gemeinsamen Berathung mit denjenigen anderen Reichsressorts, die wichtigen Interessen, welche durch den Zolltarif berührt werden, zu vertreten haben. Diese Berathung dauert bereits einige Wochen und wir haben begründete Hoffnung, daß sie im Laufe des Monats noch wird abgeschlossen werden können. Ob mit dem Abschluß dieser Berathung die letzten zweifelhaften Punkte erledigt sein werden, kann ich noch nicht sagen. Es ist möglich, aber auch das Gegentheil, unmöglich. Hieran wird sich eine Arbeit anschließen, die jedenfalls **einige Wochen** in Anspruch nehmen muß, nämlich der Neudruck des ganzen Werkes. Das Werk ist in seiner Begründung und seinen statistischen Beilagen außerordentlich umfangreich; diese Arbeit wird deshalb einige Wochen in Anspruch nehmen. So daß ich nicht voraussetzen kann, daß **früher als im Laufe des April** der Zolltarif so weit vorbereitet sein wird, um zu können. Wie lange die Berathung des Bundesraths in Anspruch nehmen wird, bin ich gegenwärtig nicht in der Lage zu sagen.

Der Etat des Reichsschatzamts wird bewilligt. Es folgt der Etat des **Reichseisenbahnamts.**

Abg. **Stolle** (soz.):

kommt nochmals auf die Eisenbahnbeziehungen zwischen Preußen und Sachsen zurück und bleibt dabei unter Darlegung verschiedener Gründe, daß ein **Eisenbahnkrieg** besteht. Im Uebrigen seien bisweilen Fragen, wie es möglich sei, daß in einem Staat wie Deutschland noch derartige Zustände bestehen könnten. Insbesondere vorgerufenen Betriebsunsicherheit und von der langen Beschäftigungsdauer für die Zustände auf den gesammten Bahnen in Deutschland verantwortlich. Das ist nicht angängig. Soweit unsere Kompetenz reicht, schreiten wir stets ein, wenn wir von Mißständen hören. Insbesondere sorgen wir für die Betriebssicherheit. In den letzten vier Jahren sind allein für Unbauten von Bahnhöfen in den vier größten Bundesstaaten 285 Millionen ausgegeben worden. Mit den Besoldungsverhältnissen der Beamten hat sich das Reichseisenbahnamt nicht zu befassen, ebenso wenig mit den Disziplinarverhältnissen.

Abg. **Dr. Müller-Sagan** (fr. Vp.)

erklärt seine Befriedigung darüber, daß seinen Anregungen bezüglich der Tarifermäßigung für Urlaubsreisen von Soldaten schon jetzt entgegengekommen ist.

Abg. **Stolle** (soz.)

betont nochmals, daß das Reichseisenbahnamt innerhalb seiner Befugnisse vielfach helfend eingreifen könne.

Damit schließt die Erörterung. Der **Eisenbahnetat** wird **bewilligt.**

Es folgt der **Postetat.**

Abg. **v. Glembocki** (Pole):

Ich muß diese letzte Gelegenheit benutzen, um auf die Angelegenheit der **polnischen Adressen** zurückzukommen. Ueber die Ueberfetzungsstelle kann man jetzt noch kein abschließendes Urtheil gewinnen, doch ist eine Menge von Fällen vorgekommen, die den Intentionen des Staatssekretärs wohl nicht entsprechen werden. Sogenannte unverständliche Adressen werden einfach zurückgewiesen, man scheint die polnische Sprache nicht genügend zu beherrschen.

Staatssekretär **v. Podbielski**:

Auf alle Einzelheiten des Vorredners kann ich nicht eingehen. Wir haben zu unterscheiden zwischen der Abgabe von Briefen am Schalter, wo gleich die Zurückweisung erfolgen kann, und dem Einwurf in die Briefkasten. Bei der Ueberfetzungsstelle handelt es sich um einen Versuch, schlägt er fehl, so bleibt es dabei, daß schwer verständliche Adressen als unbestellbar behandelt werden. Durch Ihr Vorgehen haben Sie den Postdienst erschwert, dagegen muß ich Front machen. Die Beamten im Ueberfetzungsbüreau versehen diesen Dienst nur nebenamtlich und befassen sich mit der **Lösung Ihrer Räthsel** nur nach Maßgabe ihrer Zeit. Wir können es auch nicht riechen, ob der Brief einen Deutschen oder einen Polen abgesandt ist. Den Inhalt der Postkarten zu lesen, haben wir gar keine Zeit. Ich habe nur die Pflicht, **gute deutsche Reichspostbeamte** zu erziehen. Wer es irgend kann, schreibe deutsche Adressen im Interesse eines exakten Postdienstes. (Beifall rechts.) Wenn einmal eine Verfetzung von Beamten erfolgt, so geschieht es, damit den Leuten, die in posenschen Landen geboren sind, auch einmal andere Luft um die Nase weht und sie auch Begriffe von anderen Verhältnissen bekommen, so daß man sie überall verwenden kann. Es liegt im vitalen Interesse der gesammten Bevölkerung, daß der Postdienst schnell und sicher ausgeführt werden kann; dazu ist aber erforderlich, daß uns nicht unnütze Beschwerden bereitet werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (fr. Vp.):

Die Reichspostverwaltung sollte doch der Resolution des Reichstages auf Verbefferung der **Besoldungsverhältnisse der Postassistenten** zustimmen, es handelt sich um 20,000 sehnsüchtig wartende Beamte. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf die großen Verluste der **Postspar- und Vorschußkassen** lenken, einzelne Kassen hatten Kursverluste von 30 bis 50,000 Mark. Redner berührt noch die Anstellung von Postgehilfen und die Behandlung der Beamten.

Staatssekretär **v. Podbielski**:

Was die Resolution betrifft, so hat der Herr Reichskanzler bestimmt, daß im nächsten Etat die Aufbefferung der Gehälter der Postassistenten eingestellt werden sollen. Der Ueberfluß an Beamten beruht darauf, daß früher zu viel Anwärter angenommen wurden. Es werden jetzt nur Gehilfen für die mittlere Laufbahn angenommen. Was die Sparkassen betrifft, so sind allerdings Verluste eingetreten, am meisten in Minden. Auch andere Sparkassen haben durch Kursrückgänge Verluste gehabt, bei dem **Spielhagen-Krach** hat die Post nur etwa 250,000 Mark verloren. Ich hoffe, daß der Verlust wieder eingebracht werden wird. Ich habe genaue Anweisungen über die Behandlung von Beamten gegeben, man wird ihnen auch gewiß überall nachkommen.

Abg. **Werner** (Antis.)

beschwert sich, daß England bezüglich des **Telegraphenverkehrs** mehr Vortheile genießt als andere Länder, es würden Nachttelegramme jederzeit befördert und bestellt. Redner tritt dann weiter für Urlaubsbewilligung der Postbeamten und gute Behandlung der Unterbeamten ein.

Staatssekretär **v. Podbielski**:

In dem sogenannten Gegensprechverkehr im Telegraphenwesen wird der Verkehr erledigt nach Maßgabe des Einganges der Depeschen. Im sogenannten einseitigen Verkehr, also auf Leitungen, die nur entweder zur Hin- oder zur Rücksendung von Depeschen dienen, hat sich herausgestellt, daß, so weit England in Frage kommt, mehr Depeschen von London hier einlaufen, als dorthin abgesandt werden. Die Vertretung unseres Handelsstandes hat mir nun auf Befragen nahegelegt, die vom Abg. Werner gerügten Erleichterungen für London zu gewähren, weil Depeschen aus London vielfach schnell gebraucht werden. Es handelt sich aber, wie ich betonen will, nur um einen Versuch. Das Rauchverbot im Dienste kann ich nicht aufheben. Wenn der Abg. Werner mich besuchen würde, so dürfte er es mir auch übel nehmen, wenn ich ihn mit der Cigarre im Munde empfange. Den Wünschen um Urlaub soll so weit wie möglich entgegengekommen werden.

Abg. **Sieg** (natl.):

Ich möchte doch die polnischen Vertreter bitten, hier den Krieg nicht weiter fortzuführen, der ohnehin schon schlimm genug besteht. Wir wollen Frieden auf der ganzen Linie, und dazu gehört insbesondere, daß Sie nicht ungerechtfertigte Angriffe gegen die Verwaltung vorbringen. (Beifall.)

Abg. **v. Glembocki** (Pole):

Meine Beschwerden stützen sich auf authentische Belege.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole):

Dem Abg. Sieg könnte ich es auch beweisen, daß gegen uns ein gewisser Zwang ausgeübt werden soll, doch will ich mich kurz fassen. (Bravo.) Auf den Worten des Staatssekretärs scheint mir hervorzugehen, daß das Publikum der Post wegen da ist, während es doch umgekehrt sein soll.

Damit schließt die Erörterung. Der Postetat wird **bewilligt.**

Es folgt der Etat der **Reichsdruckerei.**

Abg. **Schlumberger** (natl.)

rechtfertigt seine Haltung bei der zweiten Lesung des Etats und protestirt gegen die Bemerkung des Abg. Seyitz, dahinter als gesagt, daß die von der Eisenbahn gezahlten Löhne zu hoch seien, sondern die Fälle aufgezählt, in denen eine Lohnerhöhung angebracht sei.

Abg. **Seyitz** (soz.):

Ich bin zu meiner Bemerkung durch die auffällige Form der Rede des Abg. Schlumberger veranlaßt worden, aber bereit, sie zurückzuziehen. Trotz der steigenden Einnahmen der Reichseisenbahnen sind die Löhne der Arbeiter nicht gestiegen. Redner verbreitet sich ausführlich über die Lohnverhältnisse.

Bei den einmaligen Ausgaben bespricht

Abg. **Angst** (dtsch. Vp.)

die Bezugsbedingungen für **Saar- und Ruhrkohle** und empfiehlt erstere aus Ersparnißgründen.

Der Etat der Reichseisenbahnen wird **bewilligt.** Es folgt der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Abg. **Horn**-Goslar (natl.):

Sie werden fast in der gesammten Presse seit Jahresfrist von den unerhörten Preisen des Druckpapiers gelesen haben, welches nicht wie Herr Richter in der gestrigen Sitzung ausführte, um circa 30 Prozent, sondern um 35 Prozent gestiegen ist. Bei dem ganz einseitigen Interessenstandpunkte der „Presse ist man nie in eine gründliche Erörterung der Frage eingetreten: „Ist die Preiserhöhung berechtigt?" und trotz vieler Versuche der Papierindustrie die Erhöhung der Preise für Druckpapier ruhig und sachlich zu begründen, hat sich mit wenigen Ausnahmen die Presse ablehnend diesen Bestrebungen gegenüber verhalten. Ich persönlich bin bei dieser Frage nicht interessirt, aber durch meine vielseitigen Beziehungen zur Papierindustrie über deren Lage unterrichtet und kenne mich, Gelegenheit zu haben, hier manche Angriffe gegen die Papierindustrie richtig stellen zu können. Herr Richter behauptet, das Syndikat für Druckpapier habe die enorme Preissteigerung herbeigeführt. **Meine Herren, die Syndikate und Kartelle** sind, wie von einem namhaften Volkswirthe ausgedrückt wurde, „Kinder der Noth" und zwar der Noth, welche durch die gewerbliche Thätigkeit heraufbeschworen wird. In der heutigen Form aber, als Messenerscheinungen, sind sie eine Folge der modernen Gestaltung der Produktions- und Absatzverhältnisse und der hierdurch hervorgerufenen Verschärfungen der Konkurrenz.

Wenn ein Syndikat ein Kind der Noth gewesen, so ist es das Syndikat der Druckpapierindustrie. Der Tiefstand der Preise war ja nach Qualität, Menge und Frachtunkosten franco Druckerei

20 bis 22 Mark, in einzelnen Fällen eine Kleinigkeit billiger oder theurer. Vor Zusammenschluß des Syndikats im Sommer des vorigen Jahres, also durch den freien Verkehr herausgearbeitet, war Druckpapier nicht unter 27 bis 30 Mark zu haben. Diese Steigerung kam plötzlich und war veranlaßt durch das Zusammentreffen zweier außergewöhnlicher Ereignisse. Einmal eine lange regenlose Zeit sowohl in Nordamerika wie in Norwegen, in Folge dessen die zumeist mit Wasserkraft arbeitenden Holzschleifereien und Druckpapierfabriken in Deutschland, Skandinavien, England, den Staaten und Kanada außergewöhnliche Produktionsausfälle hatten, andererseits wurde durch den Ausbruch des Krieges in Südafrika gleichzeitig ein kolossaler Mehrbedarf an Druckpapier in England, seinen Kolonien und in den Vereinigten Staaten hervorgerufen. Die Engländer kamen des Papieres wegen 1899/1900 nach Deutschland und kauften auf, was zu kaufen war, zu jedem Preise. Hieraus erklärt sich auch die von dem Herrn Abgeordneten Richter angegebene starke Steigerung der Ausfuhr von Druckpapier im Jahre 1900 gegen die Vorjahre. Für das laufende Jahr hat die Ausfuhr fast ganz aufgehört, weil Nordamerika und Skandinavien wieder in voller Produktion stehen und ihr altes Absatzgebiet wieder an sich gerissen haben.

Das Papiersyndikat hat daher nichts gethan, als die auf dem Markte vorgefundenen Preise zunächst festzuhalten.

In der Hauptsache hat sich das Syndikat zur Aufgabe gestellt, Mißbräuche, die sich im Handel unter den ungünstigen Verhältnissen herausgebildet haben, zu beseitigen. Das Papiersyndikat braucht einen feindlichen Angriff nicht zu scheuen, denn es will weiter nichts, als seine Mitglieder vor großen Uebertreibungen einerseits und vor plötzlichen Zusammenbrüchen, wie sie schon oft eingetreten sind, andererseits schützen, was auch für die Arbeiter von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Auch die Waldbesitzer und in erster Linie der Fiskus haben das größte Interesse daran, daß die Papierindustrie in ihrem Bestehen geschützt wird. Herr Richter hat ausgeführt, daß die Preiserhöhung in keiner Weise durch höhere Produktionskosten gerechtfertigt sei und zum Beweise auf die Dividenden von vier Papierfabriken im letzten Jahre hingewiesen; diese Fabriken fertigen mit einer einzigen Ausnahme, und zwar derjenigen, welche die niedrigste Dividende aufweist (8 Prozent), kein Zeitungsdruckpapier. Das Jahr 1900 ist das verlustreichste für die Papierfabriken gewesen. Notorisch sind zwei Papierfabriken, die hauptsächlich Druckpapier herstellen, in Konkurs gerathen, und eine größere, lediglich Druckpapier erzeugende Fabrik hat zum ersten Male mit einer großen Unterbilanz gearbeitet.

Die in den letzten 25 Jahren stets heruntergegangenen Papierpreise haben den älteren Zeitungsunternehmungen zweifellos große Gewinne gebracht; als Beispiel führe ich das Berliner Tageblatt an. Dasselbe hat mit der Morgen-Zeitung bei einem Papierkonsum von circa 3,000,000 Kilogramm im Jahre, vor 20 Jahren circa 1½ Millionen Mark, im Jahre 1899 nur für dasselbe Quantum 600,000 Mark für Papier aufgewendet; die Abonnements- und Insertionsgelder sind ziemlich in derselben Höhe wie vor 20 Jahren geblieben, wohingegen die Kosten der Redaktion 2c. erheblich gestiegen sein werden.

Herr Abg. Richter hat den Vorschlag gemacht, den Zoll von 6 Mark aufzuheben. Die Amerikaner haben natürlich ein großes Interesse daran, den Zoll zu beseitigen, und ist es jedenfalls sehr beachtenswerth, daß die Amerikaner eine so feine Nase haben, sich gleich an den Herrn Abg. Richter zu wenden.

Die deutsche Papierindustrie und mit ihr die Cellulose- und Holzstoffindustrie würde bei Aufhebung des Zolles dem Ruin zweifellos verfallen sein. In allen überseeischen Ländern, nach denen Deutschland früher Druckpapier exportirte, hat der deutsche Papiermacher Schritt für Schritt den Amerikanern und den Norwegern weichen müssen, weite Absatzgebiete sind ihm verloren gegangen, und in anderen führt er einen Verzweiflungskampf, über dessen Ausgang kein Einsichtiger im Zweifel sein kann. Die Forstwirthschaft hat allen Grund, die Verbindung mit dieser Industrie zu erhalten. Ich erinnere nur daran, daß durch diese Papierholzindustrie, wie ich sie kurz nennen will, in vielen unserer Gebiete, namentlich in Süddeutschland die Rentabilität der Forstwirthschaft erst geschaffen worden ist. Ich theile die Ansicht des Herrn Abg. v. Kardorff, daß alle diese Fragen hier nicht erschöpfend behandelt werden können, bin aber überzeugt, daß unter der Devise „Schutz der heimischen Produktion" die Papier-Holzstoff- und Cellulose-Industrie beruhigt in die Zukunft sehen kann. Möge es ihr gelingen, auch ferner den deutschen Wald zu hohen Erträgen zum Segen unseres Vaterlandes zu führen! (Beifall.)

Abg. **Richter** (fr. Vp.):

Wenn ein Herr wie der Vorredner, der an der Papierindustrie so stark selbst betheiligt ist, eine Lanze bricht für seine eigenen Interessen, so ist das doch sehr bezeichnend. Ich weise vorerst die **Verdächtigung** zurück, als hätte ich hier **Interessen des Auslandes** vertreten, indem ich deutsche Interessen wahrnahm, die zufällig mit denen des Auslandes zusammenfallen. Man kann uns doch nicht mit einer Schutztruppe für das Ausland vergleichen, wenn wir gegen die unerhörten Preistreibereien des Auslandes auftreten. Es giebt doch auch eine Grenze für den Schutzzoll. Für die kleineren Zeitungen ist das Papier kaum noch zu bezahlen; nur die größeren haben ermäßigte Preise. Die Papiereinkaufsstelle des Vereins deutscher Zeitungsverleger wird Ihnen das bestätigen. Bringen Sie doch nur die Abschlüsse der Papierfabriken bei, da werden Sie sehen, ob dieselben mit Gewinn arbeiten oder mit Verlust. (Sehr richtig!) Im Interesse der Arbeiter, wie behauptet wurde, kann selbverständlich die Beibehaltung der Zölle überhaupt nicht liegen. Die Verwohlfeilung des Papiers kommt nicht den Zeitungsverlegern, sondern den Zeitungslesern, dem Publikum zu Gute. Infolge der hohen Preise hat sich schon eine Abnahme des Konsums bemerkbar gemacht; das schädigt also die Interessen des Publikums! Die Herren verkaufen ja ihr Papier nach dem Auslande hin schon billiger als im Inlande! (Hört, hört!) Darum sollen manche Verleger schon mit dem Gedanken umgehen, den Druck ihrer Zeitungen nach dem Auslande zu verlegen; der größte Konsument Berlins ferner will sich, wie man sagt, eine eigene Papiermühle anschaffen, um den **Preistreibereien des Syndikats** zu entgehen. (Beifall.)

Abg. **Dasbach** (Ctr.):

Die Papierfabriken sind allerdings mit **großer Rücksichtslosigkeit** vorgegangen. Die Herabsetzung des Zolles liegt im Interesse des großen Publikums.

(Schluß in der Morgen-Ausgabe.)

Parlamentarische Nachrichten.

* In der **14. Kommission** des **Reichstags** wurde heute die Berathung des Centrumsantrages auf Gewährung von **Anwesenheitsgeldern** für die Mitglieder des Reichstages in Höhe von zwanzig Mark für den Tag fortgesetzt. Abg. **Büsing** (natl.) beantragte, die Entschädigung nur zu gewähren, wenn der Abgeordnete in Berlin „zum Zwecke des Besuches der Sitzungen" sich befinde. Abg. v. Staudy (kons.) erklärte sich grundsätzlich gegen jede Gewährung von Entschädigungen. Abg. Gröber (Ctr.) stellte den Antrag, den Fall der Krankheit und der Arbeit im Interesse des Reichstages der Anwesenheit in den Sitzungen gleichzustellen. Zu einer Entscheidung kam es noch nicht. Die weitere Verhandlung wurde bis nach den Osterferien vertagt.

VEREINE * VERSAMMLUNGEN.

* In der Sitzung der **Volkswirthschaftlichen Gesellschaft** zu **Berlin** sprach am 18. d. M. Professor Dr. Werner Sombart (Breslau) über das Thema: „Wirthschaft und Freiheit". Der Vortragende ging aus von Bastiats Formulirung der Prinzipien der „klassischen" Nationalökonomie, wonach die sich selbst überlassenen Interessen zur harmonischen Gestaltung des sozialen Lebens, das heißt zur allgemeinen Wohlfahrt leiten, und wonach, von der natürlichen Harmonie der Interessen ausgehend, die Schule der Oekonomisten das Postulat der Freiheit folgert. Der Leitsatz ihrer Politik ist deshalb das „laisser faire". Diese heute durch die Erfahrung widerlegte Anschauung muß indessen, ehe man sie ganz aufgiebt, auch in ihrem innersten Wesen widerlegt werden, und solche Widerlegung muß die ganze allgemeine Gesellschaftslehre treffen, von der jene Anschauung nur einen Theil darstellt. Diese Gesellschaftslehre nun stellt der von Menschen gefügten künstlichen Ordnung, deren Wesen der Zwang ist, die von Gott gefügte natürliche und deshalb harmonische Ordnung begrifflich gegenüber, deren Wesen in der Freiheit liegt, und somit ruht ihre Forderung der Freiheit auf dem Grunde des Glaubens. Da nun jedes menschliche Zusammenleben eine objektiv gesetzte Ordnung nothwendig verlangt, so liegt der grundsätzliche Irrthum jener Weltanschauung in der Gegenüberstellung einer natürlichen und einer künstlichen Ordnung, und nur der anarchistische Zustand würde dem „ordre naturel" entsprechen. Damit fällt der Schluß, daß ein Zustand der harmonische, also Gottes Werk ist; es besteht die Präsumtion einer ökonomischen Disharmonie, da ja jede Ordnung von Interessenten gesetzt ist. Somit fällt das Postulat der Freiheit auf Grund dieser Theorie. Es fällt damit noch nicht das Postulat menschlicher Freiheit überhaupt, dessen Begründung in mannigfach verschiedener Weise erfolgen kann. Nach dem mehrfach empfunden ist der Inhalt des Postulats der Freiheit zu fassen als das Recht zur freien Persönlichkeit, ohne Schädigung Anderer, das heißt im Rahmen der Humanität. Fragen wir nun, wie sich dieses Freiheitsideal, angewendet auf das wirthschaftliche Leben, gestalten wird, so ist zunächst klar, daß hier ein absolutes Walten des „laisser faire" unmöglich ist. Die moderne wirthschaftliche Entwickelung, deren Fortschritt in der zunehmenden Spezialisirung wirthschaftlicher Arbeit, dem Schaffen großer Betriebe auf Grund kapitalistischer Organisation beruht, steht in scheinbar unlösbarem Konflikt zu dem Freiheitsideal; denn gerade diese wirthschaftlichen Fortschritte verringern für den Einzelnen immer mehr die Möglichkeit äußerer und innerer Selbstbestimmung. Nicht nur der Arbeiter, auch der Unternehmer steht dauernd unter dem Druck, den ihm seine Theilarbeit auferlegt, die als solche kaum vermindert auf seine Persönlichkeit wirken kann. Die Lösung dieses Konfliktes liegt nach des Referenten Anschauung in der richtigen Auffassung des Postulats der Freiheit. Die Forderung von Freiheit in der Wirthschaft, um diesen Zweck zu erreichen, müssen wir in der möglichst kürzesten Zeit die möglichst größte produktive Leistung hervorzubringen suchen, durch Anwendung höchster technischer Mittel auf allen Gebieten des Wirthschaftslebens, damit wir Zeit gewinnen für die Entfaltung der Einzelpersönlichkeit. Im Hinblick auf das Ziel der Freiheit von der Wirthschaft wird die Frage der formalen Gestaltung des Wirthschaftslebens zur reinen Zweckmäßigkeitsfrage, und der Standpunkt diesem Ziel gegenüber entscheidet über das Wesen der politischen und wirthschaftlichen Auffassung. Ob Staatsbetrieb oder Privatbetrieb, ob Freihandel oder Schutzzoll, wird von Fall zu Fall ebenso wie die zahlreichen anderen wirthschaftlichen Fragen erwogen werden müssen. Der Referent entwickelte auf Grund dieser Anschauung ein Programm. Gewinnt der Liberalismus diese vertiefte Anschauung der Beziehung von Wirthschaft und Freiheit, so wird der Weltanschauung weiter bestehen, und das Ideal der Freiheit wird auch in Zukunft seine Sieghaftigkeit bewahren.

* Die **Handwerkskammer Berlin-Brandenburg** ermächtigte in ihrer heutigen Sitzung den Vorstand der Kammer, etwa von der Centralbehörde gewünschte Aenderungen an dem gemeinsamen Lehrvertrage und den Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens selbstständig vorzunehmen und nur bei etwaigen erheblichen Aenderungen eine Vollversammlung der Kammer einzuberufen. Die Kammer vollzog ferner die Auslooſung der Hälfte der Mitglieder und der Sachverständigen, welche nach dreijähriger Amtsdauer auszuscheiden haben, um eine turnusmäßige Wahl auf sechs Jahre herbeizuführen. Die Liste der Ausgelooſten soll dem Oberpräsidenten zugestellt werden. Wiederwahl ist zulässig. Der aus 14 Mitgliedern bestehende Gesellenausschuß vollzog die Auslooſung der Hälfte seiner Mitglieder selbstständig. In den Berufungsausschuß für Streitigkeiten über Beschwerden gegen die Prüfungsausschüsse wurden gewählt: Bäckermeister Vogler-Berlin, Schmiedemeister Liebel-Zehlendorf, Uhrmacher Lindner-Rauen, als Ersatzmänner Klempnermeister Berger-Berlin, Schuhmachermeister Sobeck-Prenzlau und Malermeister Bandlow-Krpitz. Der Gesellenausschuß wählte gleichfalls drei Mitglieder und drei Ersatzmänner in den Berufungsausschuß. Es fand dann noch die Wahl eines Rechnungsausschusses statt.

TELEGRAMME.

Bromberg, 21. März. (Privat-Telegramm.) Der Regierungspräsident genehmigte die Aufhebung der wegen Pockengefahr verhängten Grenzsperre.

Wien, 20. März. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute über den Dringlichkeitsantrag Hruby betreffend die Volkszählung in Böhmen. Nach siebenstündiger Debatte wurde der Dringlichkeitsantrag früh 1¼ Uhr schließlich abgelehnt.

Wien, 21. März. (W. T. B.) Hiesige Blätter melden, der niederösterreichische Landesschulrath hätte die Entlassung des sozialdemokratischen Abgeordneten Lehrers Seitz aus dem Schuldienste beschlossen.

London, 21. März. (W. T. B.) Morgenblätter melden aus Kapstadt, Botha habe die Verhandlungen infolge der Haltung der Unversöhnlichen abgebrochen, er wirke jedoch auf seine Truppen dahin ein, daß sie sich abtheilungsweise ergeben sollten. Die Truppen hätten ein Lager bei Middelburg aufgeschlagen, welches von den britischen Streitkräften beherrscht werde.

Würzburg, 21. März. (Privat-Telegramm.) Nach fast eintägiger Verhandlung vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt wurde der am 11. begonnene Maßschneiderausstand beigelegt durch theilweise Genehmigung und theilweise Reduktion der Forderungen der Ausständigen. — Seit heute früh herrscht hier heftiger Schneefall.

Auswärtige Fonds-Telegramme.

Leipzig, 21. März. Schlusskurse.

3% sächs. Rente	86⅛	Kredit- u. Spark.	106,75
3½% do. Anleihe	97,20	Leipz. Bank-Akt.	148,25
Oest. Banknoten	85,05	do. Hypothekenb.	134,50
Zeitzer Paraffin	149,00	Sächs. Bank-Akt.	130,50
Mansfelder Kuxe	1120	do. Bod.-Credit	123,00
Böhm. Nordb.-A.	147,25	Leipz. Baumw.-A.	163,00
Buchdrucker. Lit. A	299,00	Leipz. Kammgarn	143,00
do. do. Lit. B.	287,50	Kammgarn Stöhr	138,50
Leipziger Kredit.	179,00	Wernhaus.Kamm.	35,00
Leipz. Elekt.-W.	111,00	Tittel & Krüger	132 25, Leipz. Brauerei Riebeck 205,75, Elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier 81,00. Polyphon —,—.

London, 21. März. Vorm. 11 Uhr 55 Min.

2¾% Konsols	95⅝	4% Italien. Anl.	94⅝
Dtsch. Reichsanl.	88⅛	Ind. 3½% Rupees	63⅛
Argent. 5% 1886	94⅛	5% kons. Mexik.	98½
Argent. 4½% äuss.	—	3% Portugiesen	24⅞
6% fund. Argent.	97	1889. Russ. 2. Em.	101
5% Chines. Anl.	94⅛	Span. 4% äuss. Anl.	72¼
3½% Egypter	101⅛	Türk. konv. D.	23¼
4% unif. Egypter	106	Ottomanbank	11⅞
1881er Griech. Anl.	38	Chartered	3⅞
1895er Mex.-Anl.	42½	Debeers	30
1896er Chinesen	79¼	Norfolk shares	5⅛

Goldfields	7⅛	Rio Tinto	57⅝
Canada Pacific	96⅜	Mexican Pref.	76⅛
Chic. Milwaukee	154½	Louisv.-Nashville	101⅛
North. Pacific Pref.	91⅜	do. Com. Sh	—
Kette		Argent. Cedulas E	—
		Tend.: Schwach.	
		Wetter: Kalt.	

Randmines —.

Wien, 21. März. (Schlusskurse.) Nach allgemeiner Steigerung schliesslich internationale Werthe auf das Ausland schwächer, Lokalmarkt fest.

Oest. 4½% Pap.	98,05	Ung. Kreditakt.	726,00
do. Silberrente	97,90	Wiener Bankv.	505,00
do. Goldrente	117,75	Böhm. Westb.	—
do. Kronenr.	97,20	Böhm. Nordb.	420,00
4% ung. Goldr.	117,75	Buschtiehr. B.	1142
Ung. Kronenr.	92,95	Elbethal	501,50
1860er Loose	141,50	Ferd. Nordbahn	6200
Türk. Loose	109,00	Franzosen	686,00
Anglo-Austria	—	Lemberg-Czern.	548,00
Länderbank	440,00	Lombarden	101,50
Oest. Kreditakt.	717,50	Nordwestbahn	480,00
Unionbank	570,00	Pardubitzer	377,00

Prager Eisenaktien 1740. Strassenbahn Lit. A. 300,00. Lit. B. 296,00. Rima Murany 528,00. Veit Magnesit —,—. Wechsel auf Berlin —,—. Pester Vaterländ. Sparkasse Com.-Oblig. 4proz. 92,50, do. 4½proz. 99,00.

Paris, 21. März, 12 Uhr 30 Min. Berichtigung.) Rio Tinto 1445.

Bremen, 21. März. Schmalz. Steigend. Wilcox in Tubs 41½ Pf., Armour shield in Tubs 41½ Pf., andere Marken in Doppeleimern 42 Pf. — Speck. Höher. Short clear middl. loco 41 Pf., März-Abladung 41¼.

Havre, 21. März, Vorm. 10 Uhr — Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee in Newyork schloss mit 5 Points Baisse. Rio 8000 Sack, Santos 25,000 Sack. Recettes für gestern.

Havre, 21. März. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos per März 38,25, per Mai 38,50, per Sept. 39,25. Behauptet.

Glasgow, 21. März. Vorm. 11 Uhr 5 Min. Roheisen. Mixed numbers warrants träge, 52 sh. 11½ d. per laufenden Monat.

FAMILIEN-NACHRICHTEN
(aus anderen Zeitungen).

Geburten: Ein Sohn: Hrn. Oberleutnant Räthling (St. Avold). Hrn. Dr. Ernst Schäfl (Hannover). Hrn. Hermann Loose (Berlin). Hrn. Robert Weller (Berlin). Hrn. Juwelier Jul. Ruth (Stuttgart). Hrn. Oberregierungsrath Falkenthal (Stettin). — Eine Tochter: Hrn. Dr. phil. Donath (Bonn). Hrn. Siegmund Sommer (Eulkirchen). Hrn. W. Ebers (Neumünster). Hrn. Georg Illner (Breslau). Hrn. Amtsrichter Dr. Schröder (Guben).

Verlobungen: Frl. Ida Oberländer mit Hrn. prakt. Arzt Dr. Emanuel Edelstein (Bonn). Frl. Margarete Kröhne mit Hrn. Kaufmann Wilhelm Hoffgk (Fehrbellin — Magdeburg). Frl. Marianne mit Hrn. Kapitänleutnant Arthur Brüll (Rittergut Steinthalleben — Kiel). Frl. Abda Ehrhardt mit Hrn. Rittmeister a. D. Bruno Richter (Kiel). Frl. Maria Dreydorff mit Hrn. Rechtsanwalt Alfred Neu (Leipzig). Frl. Bertha Prahl mit Hrn. Oberlehrer Dr. Carl Lorenz (Hamburg).

Verehelichungen: Hr. Aloys Schuler mit Frl. Käthchen Wessel (Kalk — Köln-Deutz). Hr. Adolf Röder mit Frl. Wilhelmine Röder (Berlin). Hr. Ernst Lüdecke mit Frl. Emilie Manz (Berlin). Hr. (Berlin). Hr. Ernst Lüdecke mit Frl. Emilie Manz (Berlin). Hr. Dr. jur. Heinrich Krumbhaar mit Frl. Käthe Schönlein (Görlitz).

Sterbefälle: Hr. Rentier Abraham Strauss (Köln). Hr. Carl Großkopf (Danzig). Hr. Sanitätsrath Dr. Bertog (Blankenburg a. H.). Hr. Magenfabrikant Engelbrecht (Königsberg). Hr. Rentier Otto Hr. Rentier Wilhelm Jungfleisch (Berlin). — Frau Anna Veit geb. Tiedemann (Hamburg).

Die medizinische Zeitschrift „Medico" bringt eine sehr interessante Mittheilung über Somatose von Dr. Eberson. Neben dem Nährwerth wird von vielen Aerzten namentlich die Wirkung hervorgehoben, welche die Somatose bei stillenden Müttern durch günstige Beeinflussung der Milchsekretion ausübt. Dr. E. weist auch auf die durch Somatose bedingte Erhöhung der Magensaftproduktion hin, durch welche der Appetit schnell gekräftigt wird. Besonders bei allen mit Depression einhergehenden Nerven- und anderen Krankheiten sah er durch gesteigerte Gewichtszunahme das Leiden bedeutend gebessert.

Es ist mir Wurst

lautet eine landläufige Redensart, die jedoch sicher keine Hausfrau anwenden wird, wenn es sich bei ihr um die Frage handelt, ob sie ihre Suppe nach der langwierigen früheren Methode oder mit Knorr's Suppentafeln, Erbswürsten und dergl. herstellen soll. Denn in letzterem Falle kann sie sich viele Arbeit, Kohlen und auch Aerger ersparen, da sich mit den Knorr'schen Fabrikaten in wenigen Minuten eine ganz vorzüglich schmeckende Suppe, bei der jede Gefahr des Mißlingens ausgeschlossen ist, herstellen läßt.

Trierischer Winterverein, Weinrestaurant mit Bier-Ausschank, Wilhelmstraße 92/93 in Berlin. Absolut naturreine Weine von Mosel, Saar und Ruhr. Preiswerthe Küche. Angenehmer Aufenthalt. Große und kleine Gesellschaftszimmer.

Bozen I. Ranges **Hôtel Victoria** I. Ranges
Südtirol
mit **Dependancen vis-à-vis dem Bahnhof**, in freier Lage, mit prachtvoller Fernsicht, mitten in eigenem großen Park gelegen. — Zwischenstation von und nach Italien. — Zimmer von 3—5 Kronen. Licht und Service wird nicht berechnet. — Lift. — Elektrisches Licht. — Pension bei wöchentlichem Aufenthalt.
Walther & Oesterle,
Besitzer.

1 Million sofort zu verdienen.
Antioxyd-Federn stellen wir dem Publikum zur Einführung franco und gratis zur Verfügung. Für Wiederverkäufer ist damit viel Geld zu verdienen. Die Antioxyd-Feder ersetzt die echte Goldfeder; vor 1 mals mit Antioxyd geschrieben, greift nie zu einer anderen Feder. Dutzend 50 Pf., Gros Mk. 5.—.
Hermann Hurwitz & Co., Berlin C., Stralauerstr. 56.

Zuntz geröstete **Kaffees**
Käuflich in fast allen Geschäften der Konsum-Branche und in den eigenen Filialen der Firma.
Anerkannt vorzügliche u. vortheilhafte Marke in allen Preislagen.
Jeder Hausfrau bestens empfohlen.
Probe-Ausschank Spittelmarkt 8/10

Gicht! Was sagt der Arzt? — Eine **Haustrink-Kur** mit **Salzschlirfer Bonifaciusbrunnen.**

Neues, natürliches, bestes, die Genesung hervorragend beförderndes Nähr- und Kräftigungs-Mittel bei allen mit Entkräftung und Abmagerung des Körpers einhergehenden Krankheiten, besonders bei Hals-, Lungen- und Magenleiden und für Reconvalescenten.
Kein Eiweißpräparat!
Große Erfolge.
Olbios.
Außerordentlich leicht verdaulich, in schwierigsten Fällen bekömmlich. — Reines natürliches Sahnen-u. Honigprodukt unter Zusatz nährhaltigster Kräuter.
100 gr. Olbios hergestellt aus 300 Schweinefett, 38 Dotter, 8 Kräuter u. Bruchteile offiz. 2 Wochbed. 3 Mhrrhenhorz. Sehr schmackhaft. Aerztlich empfohlen.
Büchse Nr. 3. Zu beziehen durch alle Apothek. od. direct per Nachn. von **Martin Schmidt, Neugruna-Dresden.**

Das grösste Auskunftsbüreau der Welt,
THE MERCANTILE AGENCY,
R. G. DUN & Co.,
etablirt 1841, eröffnet am 1. April 1901 ein neues grosses Büreau in **Hamburg**, Kl. Johannisstr. 6—8, Ecke Schauenburger Str. welches mit Firmen in **Europa**, Amerika, Australien, Südafrika. Ehe man ein neues Abonnement mit einem anderen Institut abschliesst, lerne man die Einrichtungen und die Methode der Mercantile Agency kennen.
150 Filialen. Büreau in BERLIN, Leipziger Str. 115.

Odol Absolut bestes Mundwasser der Welt!

Wien VI. I. **Brüssel.**
Das Beste **BYROLIN** für die Haut
BYROLIN-SEIFE
Von Aerzten glänzend begutachtet!
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.
Dr. Graf & Comp., Kgl. Rumän. Hoflief., **Berlin O. 34.**

Verantwortlich für den politischen Theil: Dr. jur. E. Grüttefien; für den Handelstheil: i. V. G. Münch; für Lokales, Vermischtes u. Gerichtszeitung: R. Kelter; für das Feuilleton: Fritz Engel; für den übrigen redaktionellen Theil: K. Günther; für die Inserate: O. Glaßmann. Druck und Verlag von Rudolf Mosse. Sämmtlich in Berlin

Nummer 69
Freitag, den 22. März 1901.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

General-Anzeiger
für die
Berliner Abonnenten des Berliner Tageblatt und der Berliner Morgen-Zeitung.

Insertionspreis: 30 Pf. pro Zeile.
Für kleine Anzeigen: das erste Wort in fetter Schrift 10 Pf., jedes fernere Wort 5 Pf.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom 21. März.

Der Vorsteher Dr. **Langerhans** eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr. Am Magistratstische: Kämmerer Maaß, Schulräthe Fürstenau und Dr. Gerstenberg, Syndikus Weise und Andere.

Nach Vollziehung einer Reihe von Ergänzungswahlen für verschiedene Ausschüsse an Stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Dr. Gerstenberg und des verstorbenen Stadtv. Schmeisser setzt die Versammlung die zweite Berathung des Stadthaushaltsetats pro 1901 fort.

Berichterstatter Stadtv. Dr. **Glatzel.**

Spezialetat 9/10: „Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen".

Bei den Einnahmen, Titel „Hebungen von den Schülern", wurde von einer Seite im Ausschusse ausgeführt, daß es aus sozialpolitischen Gesichtspunkten wünschenswerth sei, die bestehenden Vorschulen abzuschaffen, daß aber, so lange dies nicht geschehe, eine Beseitigung des Unterschiedes im Schulgelde von 110 Mark für den Vorschüler und 130 Mark für den höheren Schüler im finanziellen Interesse erforderlich sei. Es wurde demnächst beantragt, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, nach welcher bis zur gänzlichen Beseitigung der Vorschulen auch das Schulgeld in diesen auf 130 Mark jährlich erhöht wird. Dem gegenüber wurde besonders vom Stadtschulrath hervorgehoben, daß der bisher geübte Grundsatz, das Schulgeld in den Vorschulen niedriger zu halten als in den Gymnasien, als unrichtig nicht anerkannt werden könne. Die Vorschulen erhielten sich nicht nur selbst, sondern brächten sogar noch einen Ueberschuß. Auch der beabsichtigten Beseitigung der Vorschulen ständen sehr erhebliche Bedenken entgegen. Der Ausschuß hat sich gleichwohl für die Annahme des Antrages entschieden und schlägt der Versammlung vor, sich mit demselben ebenfalls einverstanden zu erklären.

Stadtv. **Wallach** bittet um Ablehnung der von dem Ausschuß beantragten Resolution. Wolle man die Vorschulen beseitigen, so möge man einen dahin gehenden Antrag stellen, für den er auch stimmen würde. Aber das Schulgeld für die Schüler der Vorschule zu erhöhen, liege gar kein Grund vor. Die Vorschulen brächten einen Ueberschuß, und eine Erhöhung des Schulgeldes würde eine große Erregung hervorrufen.

In gleichem Sinne erklärt sich Stadtv. **Jacobi,** indem er sich den vom Vorredner geltend gemachten Gründen anschließt.

Stadtv. **Bruns** (soz.) erwiedert: Nicht finanzielle Gründe hätten den Ausschuß zu seinem Antrage geleitet, sondern die Absicht, die Eltern zu veranlassen, ihre Kinder in die allgemeine Volksschule zu senden und dadurch dieser Schule einen wesentlichen Dienst zu leisten.

Stadtv. **Cassel** erklärt, daß durch den Fortfall der Vorschulen organisatorische Veränderungen der Volksschulen herbeigeführt werden müßten, um eine entstandene Lücke auszufüllen. Sei dies geschehen, so habe er nichts dagegen, wenn mit der Schaffung neuer Vorschulen innegehalten werde. Die Erhöhung des Schulgeldes betrachte er als eine direkte Ungerechtigkeit gegen diejenigen Bürger, welche ihre Kinder in die Vorschule schickten. Er bitte aus diesen Gründen um Ablehnung der Resolution.

Stadtv. **Kreitling** tritt dagegen für Annahme der Resolution ein, damit auf die Eltern ein gelinder Zwang ausgeübt werde, ihre Kinder in die Volsschule zu schicken.

Vom Stadtv. **Ladewig** ist folgende Resolution beantragt: „den Magistrat zu ersuchen auf thunlichst baldige Beseitigung der Vorschulen hinzuwirken."

Stadtv. **Borgmann** tritt für den Ausschußantrag ein.

Stadtv. **Cassel** empfiehlt noch einmal die Ablehnung des Ausschußantrages, erklärt sich aber für den Antrag Ladewig, vorausgesetzt, daß die Form des Anschlusses der Volksschule an die Gymnasien gefunden werde.

Bei der Abstimmung wird sowohl der Antrag des Ausschusses wie der Antrag Ladewig abgelehnt.

Der Ausschuß schlägt ferner folgende Resolution vor: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Positionen für Naturgeschichte und Geographie an Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen den gesteigerten Ansprüchen entsprechend angemessen zu erhöhen."

Den Etat selbst hat der Ausschuß nicht geändert, er schlägt unveränderte Feststellung desselben vor.

Diese Resolution wird angenommen und der Etat genehmigt, nachdem eine vom Stadtv. **Rosenow** beantragte Resolution um Herbeiführung einer vermehrten Reinigung der Klassenzimmer in allen städtischen Schulen und der Fenster derselben, die eine längere Diskussion hervorrief, ebenfalls die Genehmigung der Versammlung gefunden hatte.

Der Etat schließt ab mit einer Einnahme von 1,420,000 Mark, in Ausgabe von 3,312,451 Mark, also mit einem Zuschuß von [illegible]445 Mark.

Eine vom Stadtv. Dr. **Preuß** beantragte Resolution, den Magistrat nochmals um eine Vorlage zur Regelung der Gehaltsverhältnisse der Zeichen- und Gesanglehrer an den städtischen höheren Lehranstalten zu ersuchen, wird ohne Diskussion angenommen.

Spezialetat 11 „Realschulen". Zu diesem Etat hat der Ausschuß nichts zu erinnern gefunden, er beantragt unveränderte Feststellung. Die Versammlung beschließt demgemäß. Dasselbe geschieht mit Spezialetat 12 „höhere Mädchenschulen".

Spezialetat 13 „Turnhallen der städtischen höheren Lehranstalten". Für Beaufsichtigung derjenigen Höfe von Gemeindeschulen ꝛc., die als Spielplätze für Schüler dienen, ist in diesem Etat infolge einer Resolution der Versammlung vom 3. Mai vorigen Jahres die Summe von 5000 Mark — 1500 Mark mehr als im Vorjahre — eingestellt.

Stadtschulrath **Dr. Gerstenberg** erklärt, es habe sich ergeben, daß das Wohlwollen, welches Magistrat und die Versammlung dem Spielen der Kinder auf den Schulhöfen zuwandte, von der Bevölkerung nicht getheilt werde. Es sollen in diesem Sommer nochmals Versuche angestellt werden, wozu die im Etat vorgesehene Summe von 5000 Mark völlig ausreichen dürfte.

Der Etat wird genehmigt.

Spezialetat 14 „Verschiedene Einrichtungen für die höheren Lehranstalten und Mädchenschulen" wird unverändert bewilligt.

Spezialetat 15 „Gemeindeschulen". Bei Berathung dieses Etats wurden Uebelstande zur Sprache gebracht, die sich durch Einführung der Gasheizung in einzelnen Schulen herausgestellt, ferner wurde die verzögerte Fertigstellung der im Bau begriffenen Gemeindeschulen monirt, sowie auch, daß im Bauetat keine einzige erste Rate für neuzuerbauende Gemeindeschulen enthalten sei. Nach Beantwortung dieser Angelegenheiten durch die betreffenden Magistratsvertreter behielt der Ausschuß sich vor, auf dieselben bei Berathung des Hochbauetats zurückzukommen. Aenderungen zum Etat hat der Ausschuß nicht beschlossen, er beantragt unveränderte Feststellung.

Stadtv. **Hoffmann** (soz.) sucht an verschiedenen Beispielen nachzuweisen, daß die Gemeindeschulen in Bezug auf die Unterrichtsmittel als Stiefkinder behandelt würden. Auch die Beleuchtung der Schulen sei mangelhaft.

Stadtschulrath Dr. **Gerstenberg** verweist darauf, daß gerade umgekehrt die höheren Lehranstalten den Gemeindeschulen gegenüber als Stiefkinder bezeichnet würden. Die Gemeindeschulen selbst würden diese Bezeichnung für sich sicherlich ablehnen. Gleichgestellt in Bezug auf die Lehrmittel könnten die Gemeindeschulen mit den höheren Lehranstalten allerdings nicht, denn die letzteren hätten wissenschaftliche Zwecke. Magistrat und Stadtverordnete hätten für die Gemeindeschulen gethan, was sie konnten. In Bezug auf die Gasbeleuchtung herrsche übrigens zwischen den höheren Lehranstalten und den Gemeindeschulen eine gewisse Uebereinstimmung.

Stadtv. **Wurm** (soz.) regt an, die Schulzimmer, besonders die Aulen, nicht zu nüchtern, sondern auch etwas künstlerischer auszugestalten, um den Schönheitssinn und die Phantasie der Kinder und ihr Verständniß für die Kunst und Natur zu wecken. Deutschland stehe in dieser Beziehung hinter Frankreich und England zurück.

Auf eine Anfrage des Stadtv. **Bruns** (soz.) über die Gründe der Ablehnung der Einführung des neuen Lehrplans in den Gemeindeschulen erklärt

Stadtschulrath Dr. **Gerstenberg:** Er würde die Gründe gern mittheilen, wenn er sie nur selbst wüßte. Aus dem Schreiben der Aufsichtsbehörde gehe nicht hervor, welches der Grund der Ablehnung sei, und in keiner Zeitung, die darüber berichtet habe, sei ein durchschlagender Grund angeführt. Die Aufsichtsbehörde habe ihr Recht ausgeübt, sie habe den Plan übrigens nicht ganz abgelehnt, sondern erklärt, daß sie darüber mit der Schulbehörde verhandeln wolle. Zwischen Magistrat und der Versammlung existire kein Zwiespalt. Die Gemeinde müsse sich ihr Recht wahren, bei der inneren Organisation der Gemeindeschulen mitzusprechen; daran müsse festgehalten werden, um das Ansehen der städtischen Verwaltung zu wahren. (Beifall.)

Nachdem Stadtv. **Cassel** seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß der Stadt von den Gründen der Ablehnung keine Kenntniß gegeben sei, wird der Etat mit einer Ausgabe von 14,812,408 Mark festgestellt.

Spezialetat 16 „Taubstummenschule" und 17 „Blindenanstalt ꝛc." werden nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt.

Spezialetat 18 „Fortbildungsunterrichtswesen". Den Antrag des Magistrats, den Gesangsunterricht in den Fortbildungsschulen für Jünglinge einzuführen, hat der Ausschuß abgelehnt, weil derselbe nicht in den Rahmen der Fortbildungsschule gehöre, vielmehr die Gesangvereine dazu da seien.

Auf eine Anfrage, wie es mit der von den Aeltesten der Kaufmannschaft beantragten Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts für das hiesige Handelsgewerbe stehe, erklärte der Magistratsvertreter, daß der Magistrat die Frage in wohlwollende Erwägung gezogen habe, zunächst aber noch mit den erforderlichen statistischen Erhebungen beschäftigt sei.

Den Etat selbst hat der Ausschuß nicht geändert, und die Versammlung genehmigt denselben.

Spezialetat 19 „Gewerbliches Unterrichtswesen." Der Ausschuß hat an diesem Etat nichts geändert, doch hat er mit Rücksicht auf die hervorragende und vorzügliche Leistung des Subdirektors der Handwerkerschule Szymanski eine Resolution beschlossen, durch welche dem Magistrat zur Erwägung gegeben wird, ob derselbe nicht im Gehalt (er bezieht 6000 Mark) besser zu stellen ist.

Die Resolution wird angenommen, der Etat festgestellt in Einnahme auf 379,344 Mark, in Ausgabe auf 737,882 Mark.

Spezialetat 20 „Armenwesen", Berichterstatter Stadtv. **Bruns** (soz.). An dem Etat hat der Ausschuß nichts geändert, er beantragt unveränderte Feststellung desselben. Auf eine Anfrage über den Stand der Reform der Armenverwaltung erfolgte im Ausschusse die Antwort, daß die neue Geschäftsanweisung gedruckt vorliege und auch die vorbereitenden Verfügungen sämmtlich entworfen seien. Sobald die Genehmigung des Magistrats erfolge, werde unverzüglich mit der Durchführung der Reform vorgegangen werden, und hoffe man zum 1. Oktober nach den neuen Bestimmungen arbeiten zu können.

Stadtv. **Perls** nimmt bei dieser Gelegenheit Veranlassung, auf die bekannte Gerichtsverhandlung hinzuweisen, die kürzlich vor dem Schöffengericht stattgefunden habe, und wodurch ein Armenkommissionsvorsteher in ein wenig schönes Licht gesetzt werde.

Stadtrath Dr. **Münsterberg** erwiedert, daß wohl Alle, die am Sonntagmorgen den betreffenden Artikel gelesen haben, erschreckt worden seien. Die Armendirektion habe er so erschreckt, daß sie sofort am nächsten Morgen eine Untersuchung angestellt habe. Zu seinem lebhaften Bedauern habe er feststellen müssen, daß ein Mitglied der Armenkommission, allerdings ohne jedes Wissen der Armenkommission und ohne jedes Zuthun des Armenkommissionsvorstehers, in vertraulicher Weise ein derartiges Verhältniß vermittelt habe. Der Armenkommissionsvorsteher habe mit der Sache nicht das Mindeste zu thun gehabt und sei ebenso überrascht gewesen wie seine vorgesetzte Behörde. Dieses Mitglied habe sofort sein Amt niedergelegt, bevor etwas gegen ihn veranlaßt werden konnte. Die Amtsniederlegung sei der Stadtverordnetenversammlung ordnungsmäßig zugegangen und inzwischen dem Herrn eröffnet worden, daß ihn die Armenverwaltung bis zur definitiven Entscheidung über seinen Antrag seines Amtes enthebe. Damit sei dem Vorsteher der Armenkommission, der ohne sein Verschulden in die Sache hineingezogen sei, die nöthige Genugthuung gegeben. Was den Fall selbst betreffe, so sei der Person derzeit eine Unterstützung bewilligt worden. Später sei dann ihr Lebenswandel ein derartiger geworden, daß man ihr die Unterstützung wieder entzogen habe. Es liege keine Veranlassung vor, die Sache so pessimistisch anzusehen. Von 22,500 Ehrenbeamten gehörten etwa 4000 der Armenpflege an. Man könne sich über den Charakter eines Einzelnen doch einmal täuschen. (Beifall.) Die Angelegenheit ist damit erledigt. Der Etat für „Armenwesen" gelangt zur Annahme.

Spezialetat 21 „Friedrich Wilhelms-Hospital und Siechenanstalten".

Der Ausschuß beantragt hierbei folgende Resolution: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Gehalts- und Rangverhältnisse der Apotheker möglichst einheitlich zu regeln."

Die Resolution wird angenommen, der Etat festgestellt.

Spezialetat 22 „Waisenpflege im engeren Sinne", 22 A. „Unterbringung verwahrloster Kinder", 23 „Arbeitshaus in Rummelsburg" und 24 „Städtisches Obdach ꝛc." werden unverändert genehmigt.

Spezialetats 32 „Oeffentliche Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße".

Berichterstatter Stadtv. **Rosenow**: Bei den Einnahmen wurde, wie in früheren Jahren so auch gegenwärtig, wieder für die Unentgeltlichkeit der Desinfektion eingetreten. Es wurden die früher geltend gemachten Gründe wiederholt, demgegenüber wiederum darauf hingewiesen, daß bezüglich der ärmeren Bevölkerung bei Einziehung der Gebühren in liberalster Weise verfahren werde, was schon daraus hervorgehe, daß im letzten Jahre 61 Prozent der Kosten niedergeschlagen seien. Die Niederschlagung involvire keine Armenunterstützung. Es liege aber keine Veranlassung vor, für den besser situirten Theil der Bevölkerung die Desinfektion unentgeltlich auszuführen. Da ein Antrag nicht gestellt wurde, ist der Ausschuß über die Angelegenheit hinweggegangen.

Sodann wurden im Ausschusse Klagen über den Leiter der Anstalt erhoben, einmal, daß er der Desinfektion Schwierigkeiten in den Weg lege, und ferner, daß er seine Leute nicht angemessen behandele, und schließlich wurde darauf hingewiesen, daß nach den Veröffentlichungen des Magistrats nur 691 Krankentransportwagen im Jahre 1898/99 desinfizirt seien, was bei rund 4400 Fällen von ansteckenden Krankheiten eine derartige geringe Zahl sei, daß gefragt werden müsse, welche Kontrole in dieser Beziehung seitens der Verwaltung stattfinde. In letzterer Beziehung bemerkte der Magistratsvertreter, daß nach der bestehenden Polizeiverordnung jeder Krankenwagen nach stattgefundener Fahrt desinfizirt werden müsse, wenn andernfalls der Besitzer sich nicht straffällig machen wolle. Es sei nicht bekannt geworden, daß die Inhaber der Krankentransportgeschäfte sich dieser polizeilichen Verpflichtung entzögen. Da Anträge nicht gestellt wurden, ist der Ausschuß über alle diese Angelegenheiten hinweggegangen.

Stadtv. Dr. **Freudenberg** (soz.) erklärt, daß er den Antrag Unentgeltlichkeit der Desinfektion heute nicht wiederholen, sondern mit diesem Antrage warten wolle bis nach den nächsten Wahlen. (Heiterkeit.) Alsdann bemängelt er die Lohnverhältnisse der Arbeiter der Anstalten, die ungenügende Desinfektion der Krankentransportwagen ꝛc.

Stadtrath Dr. **Straßmann** erwiedert, daß die Lohnverhältnisse der Arbeiter gute seien, weist weitere Ausführungen des Vorredners zurück und wiederholt bezüglich der Desinfektion der Krankenwagen die im Ausschuß abgegebene Erklärung, daß dies Sache der Polizei sei.

Der Etat wird genehmigt.

Bei dem Spezialetat 33 Abschnitt I „Heimstätten für Genesende" beantragt der Ausschuß, diesen Etat in Einnahme mit 178,800 Mark, in Ausgabe mit 258,080 Mark, also mit einem Zuschuß von 79,280 Mark festzusetzen. Nach kurzer Diskussion beschließt die Versammlung demgemäß.

Abschnitt II: Verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege" wird unverändert genehmigt.

Spezialetat 34: Park- und Gartenverwaltung."

Im Extraordinarium dieses Etats sind für die gärtnerischen Arbeiten zur Regulirung der Straße „Unter den Linden" als erste Rate 35,000 Mark eingestellt. Mit Rücksicht darauf, daß das Projekt der Straßenregulirung die Genehmigung der Versammlung noch nicht gefunden hat und im Etat des Straßen- und Brückenbaues Mittel für diesen Zweck überhaupt nicht enthalten sind, hat der Ausschuß diese Position gestrichen. Der Ausschuß beantragt, diesen Etat festzusetzen in Einnahme auf 17070 Mark, in Ausgabe auf 818,108 Mark.

(Fortsetzung des Textes umstehend.)

[...]dische Gemeinde.
Gottesdienst:
[...], den 22. März, Abends [...] Uhr.
[...]bend, den 23. März, in der [...] Synagoge Morgens 8½ Uhr, [...] Synagoge Kaiserstr. Morgens [...], in den anderen Synagogen [...] 9½ Uhr.
[...]ten: Alte Synagoge Vor[...]ags 9½ Uhr: Herr Rabbiner [...]schelbacher.
[...]oge Kaiserstraße Vormitt. [...]hr: Herr Rabb. Dr. Weisse.
[...]oge Lindenstraße Vormitt. [...] Uhr Herr Dr. Warschauer.
[...]gottesdienst: Neue Syna[...] Nachm. 4 Uhr: Herr Rabbi[...]r. Rosenzweig.
[...]ottesdienst 7 Uhr 6 Minuten.
[...]ienst an den Wochentagen: [...]llen Synagogen Morgens [...] und Abends in der alten [...]aiserstr. Synagoge 6 Uhr, in [...]deren Synagogen 5½ Uhr.
[...]g der Repräsentanten-Ver[...]ng: Sonntag, 24. März [...]m. 10 Uhr, im Sitzungs[...] [...]anienburgerstr. 30, II.

Jüd. Reform-Gemeinde.
Sonntag, den 24. d. M., Vorm. 10 Uhr. Gottesdienst. Pred. Hr. Dr. Levin.

ברכת Barches ברכת
empfiehlt die Karlsbader Feinbäckerei von Moritz Dobrin, Alexanderstr. 14c. Tel. 7, Nr. 1905. Münzstraße 7.
Sämmtliche Backwaaren sind in reiner Naturbutter gebacken.

כשר כשר
Fleisch- u. Wurstwaaren, Stopfgänse. Mazzoth u. Mazzothmehl
sämmtliche Osterwaaren.
Unter Aufsicht des hies. Rabbinats.
J. Rosenthal,
Ifflandstraße 3.
Telephon-Amt VII Nr. 1.

כשר Max Schönwald, Berlin,
Fernsp. A. IV. 514. Luckauerst. 17. Ecke Oranienst.
Der Verkauf meiner Ia. Wiener Mazze hat begonnen.
Ia.-Mazze bei 5 Pfd. à 26 Pf., extra I. bei 5 Pfd. à 30 Pf.
Mazzemehl à Pfd. 28 Pf. und 35 Pf.
Borscht à Liter 20 Pf. Oesterliche Weine und Liköre.
Tägl. Eingang v. I. Mastgeflügel u. Stopfgänsen z. Hallenpreisen.
Bestellungen zu den Festtagen werden schon jetzt entgegengenommen.
Ia. Schlack- u. Salami à Pfd. 1,20, ¼ Pfd. 30 Pf. sowie alle Wurstwaaren und feinste Aufschnitte täglich frisch.
Italienischer Salat à Pfd. 1 Mk. Rinderfett à Pfd. 60, Kalbfett à Pfd. 80.
Gänseschmalz Ia garantirt rein à Pfd. 1,40, bei 5 Pfd. à 1,20.

Elisabeth-Ufer 19 Fabrikraum, 215 □ Met., elektr. Kraft u. Licht herrschaftl. Wohn., 7 Zimm., Bad, Zub. pr. 1. 4.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4.
Wegen Umbaus und Erweiterung der Geschäftsräume gelangen grosse Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
zu außergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!
Einzelne fehlerhafte Exemplare
für die Hälfte des Werthes.

Stadtküche Franz Eberlein
Berlin, Mauerstrasse 66/67.
Fernsprecher Amt I, 4829.
Bestellungen von Diners, Soupers in bester und pünktlichster Ausführung.

Orient-Teppiche, von g. klein bis 4×6 Mtr. gr., nur zu Decorat. ben., sonst tadell., werd. von 3 Mk. bis 100 Mk. verkauft.
Gewähre Theilzahlungen
Orient-Haus, Leipzigerstr. 94, I. Et. nahe Charlottenstrasse.

Trinkeier,
frisch, großstückig, tägliche Zufuhr aus Hühnerzüchtereien empfiehlt billigst Dehmel, Mehlhandlung, Centralmarkthalle.

Nähe Alexanderplatz.
Parterre-Fabrik-Lokal
mit vorhandener Dampfkraft und Transmissions-Anlage in Verbindung mit Comtoir sowie mit u. ohne sehr hohe u. helle Kellerei zu vermiethen
Georgenkirchstr. 40.

also mit einem Zuschuß von 801,033 Mark. Die Versammlung beschließt danach.

Spezialetat 37 „Gehälter der Magistratsmitglieder." Berichterstatter Stadtv. **Karl Goldschmidt.** Der Etat wird genehmigt, ebenso Spezialetat 39A „Verwaltung der Büreaudienstgebäude", Spezialetat 39B „Geschäftsbedürfnisse" mit dem Anhange „Etat betreffend die Gemeindekrankenversicherung" und Spezialetat 40 „Dienstpensionen, Wittwenpensionen und Waisengelder."

Spezialetat 42 „Städtische Straßenbeleuchtung". Die englische Gasgesellschaft habe nach § 8 der von der Versammlung am 21. v. M. genehmigten Vereinbarung die öffentliche Gasbeleuchtung in dem ehemals zu Schöneberg gehörigen Theile von Berlin vom 1. April ab unentgeltlich zu besorgen und ist die dafür angesetzte Ausgabe von 71,732 Mark gestrichen worden. Da Einnahmen nicht vorgesehen sind, wird der Etat in Ausgabe als Zuschuß mit 472,787 Mark festgesetzt.

Spezialetats 42A „Straßenreinigung und Besprengung", 43 „Gemeindefriedhöfe" und 44 „Civilstandsämter" werden genehmigt, und darauf wird die Berathung der übrigen Gegenstände der Tagesordnung auf morgen Freitag vertagt.

Schluß 9¼ Uhr.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am Mittwoch bei Fortsetzung der Berathung des Haushaltsetats für 1901 die Steuern wie folgt festgesetzt: a) Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 Mark werden von der Pflicht, im Etatsjahr 1901 Gemeindeeinkommensteuer zu zahlen, entbunden; b) die Gemeindeeinkommensteuer kommt in Höhe eines Zuschlages von 97 Prozent der Staatseinkommensteuer zur Erhebung; c) die Gemeindegrundsteuer ist in Höhe von 221 vom Tausend des gemeinen Werthes der bebauten und unbebauten Grundstücke, und d) die Gewerbesteuer in Höhe eines Zuschlages von 97 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, indeß zu c) und d) mit der Maßgabe zu erheben, daß der Ertrag beider Steuern zusammen einem Satze von 145,5 Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern gleichkommt; e) die Betriebssteuer wird in Höhe von 100 Prozent der festgesetzten Betriebssteuer erhoben, und f) die nach dem Maßstabe des Gebäudenutzungswerthes zu erhebende Kanalisationsgebühr auf ein Prozent festgesetzt. Der Anstellung zweier weiterer Magistratsassessoren als obere Gemeindebeamte auf Lebenszeit pflichtete die Versammlung mit der Maßgabe zu, daß von dem Magistrat jedem Magistratsassessor ein selbstergänzter Arbeitskreis zuzuweisen sei. Für die Erweiterung der maschinellen Einrichtung der städtischen Volksbadeanstalt wurden 46,600 Mark bewilligt, ebenso nachträglich an Mitteln für den Bau der Gemeindedoppelschulen in Nachrodt- und in der Bleibtreustraße 43,400 und an Mitteln für den Armenetat für 1900 11,500 Mark. Eine Anfrage des Stadtverordneten Schliemann, wie weit die Vorarbeiten für das Kaiser Friedrich-Denkmal gediehen seien, und ob die Platzfrage schon entschieden sei, sowie eine weitere Anfrage desselben Stadtverordneten, ob der Magistrat die Pläne der Charlottenburger Brücke trotz des Einspruchs des Regierungsraths Professor Jantzschus durch die städtischen Bauverwaltungen ausführen zu lassen gedenke, erklärte der Magistrat in der nächsten Sitzung beantworten zu wollen.

Lokal-Nachrichten.

In der Viktoria-Fortbildungsschule, Tempelhofer Ufer 2, findet Sonnabend, den 23. d., Nachmittags 5½ Uhr, die diesjährige Prüfung statt. Die Ausstellung von Schülerinnenarbeiten ist Sonntag, von 11—5 Uhr und Montag von 12—3 Uhr geöffnet.

Eine Verfügung gegen das Spucken, wenn auch nur gewissermaßen in Form einer Bitte, ist auf den Ringbahnhöfen angeschlagen. Sie lautet: „Zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege wird dringend ersucht, in den Wahnhofsräumen, auf Treppen, Bahnsteigen und Wagen das Ausspeien zu unterlassen!"

In der Kunstausstellung bei Bruno und Paul Cassirer, W., Viktoriastraße 35, werden die beiden Sammlungen von Th. Th. Heine, München, und Paul Baum, Berlin, nur noch bis zum Freitag ausgestellt bleiben. Am Sonnabend wird die neue Ausstellung eröffnet.

Der Kriegerbund Berlin, einer der drei hiesigen Kriegervereinsverbände, begeht heute, dem Geburtstage des Kaisers Wilhelm I., in Gegenwart geladener Ehrengäste das Fest seines zehnjährigen Bestehens. Das Fest findet in den Festsälen der Konkordia, Andreasstraße 64, statt.

Soiree. Heute Freitag, den 22. März, Abends 7½ Uhr, findet als letzte musikalisch-deklamatorische Soiree von Paul Berthold nochmals ein Wagner-Abend statt unter Mitwirkung zweier Heldentenöre, des königlich sächsischen Hofopernsängers Rudolf Eichhorn und des Opernsängers Josef Recht, welche sich in die Aufgabe theilen werden. Stücke aus der „Walküre", „Tannhäuser" und „Lohengrin" zu Gehör zu bringen. Außerdem wirkt der Pianist Fritz v. Jamitzky mit. Rezitatorisch kommt der 2. und 3. Akt „Parsifal" zum Vortrage. Der nächste Abend von Paul Berthold trägt wieder das Gepräge eines ausschließlichen Rezitationsabends und bringt „Die Geißlerin" von Lauff zum Vortrage.

Konzerte. Meta Illing-Merzbach bringt in ihrer mit der Hofopernsängerin Maria Knüpfer-Egli am 23. d. M. im Römischen Hof zu veranstaltenden Soirée einen Cyklus „Mutterlieder" von Max Holm u. A. zum Vortrag. — Elsa Burgmeier (Alt) wird in ihrem Konzert am 25. d. M. in der Singakademie Gesänge von Händel, Giordani, Schumann, Brahms, Niggli, Henschel und Hegar vortragen. — Am 26. d. M. veranstaltet Marie Lesemann (Sopr.) einen Liederabend im Römischen Hof. — Franz Stahr (Violine) bringt in seinem mit Johanna Schrader-Müllig (Sopran) am 27. d. M. im Römischen Hof stattfindenden Konzert eigene Kompositionen zum Vortrag. — Die Konzertsängerin Sonia Herma aus Tiflis veranstaltet heute Abend im Saal Bechstein einen Liederabend unter Mitwirkung der Pianistin Hedwig Wisjanski. — I. Deutsches Bach-Fest: Heute Nachmittag findet in der Singakademie die öffentliche Generalprobe zum Singakademie (Dirigent: Musikdirektor Georg Schumann) statt, Abends das Konzert der kgl. Akademischen Hochschule für Musik (Dirigent: Professor Dr. J. Joachim). — Der Verkauf der Philharmonie wird heute Mittag bei Bote u. Bock geschlossen.

Ein Triumph des Pferdebändigers! Einen vollen Erfolg hatte Mr. Smith, der amerikanische „Pferdebändiger", dieser Tage im Circus Busch zu verzeichnen. Innerhalb einer Viertelstunde gelang es ihm nämlich, einen Schimmel, der bisher der Schrecken seines Besitzers gewesen, seinem Willen zu unterwerfen. Besagter Schimmel sperrte gewaltig, daß sich ihm in letzter Zeit Niemand mehr zu nahen war so bösartig, daß sich ihm in letzter Zeit Niemand mehr zu nahen gewagt. Ja, man getraute sich nicht einmal, denselben aus dem Stalle zu holen.

AUS DEN VEREINEN.

Freitag, 22. März, Abends.

Luisenstädtischer Bezirksverein. 8½ Uhr, im Restaurant „Vier Gekrönten", Oranienstraße 69 (oberer Saal). Vortrag des Stadtgenerationen", Oranienstraße 69 (oberer Saal). Vortrag des Stadtverordneten Wallach über: „Der Stadthaushaltsetat für 1901". Bericht über das stattgehabte Wintervergnügen. Referent Dr. Littauer.

Freisinniger Bezirksverein des Ostens. 8½ Uhr bei Horstmann, Frankfurterstraße 127. Vortrag des Professors Dr. Birnbaum: Ueberproduktion und Uebervölkerung.

Bezirksverein der Oranienburger Vorstadt. 9 Uhr im Saale des Germania-Sälen (weißer Saal), Chausseestraße 103a. Diskussionsabend.

Königstädtischer Bezirksverein. 8½ Uhr in C. Haberechts Festsälen, Gr. Frankfurterstraße 29. Vortrag über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, vom Stadtverordneten Homann.

Verein für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten. XXI. ordentliche Generalversammlung 7 Uhr im Reichsversicherungsamt, Königin Augustastraße 26.

Verein für Volkskunde. 7½ Uhr im Saale C des Architektenhauses, Wilhelmstraße 92/93. Vortrag des Dr. Bernhard Kahle über: „Die Bauernhäuser des Münsterlandes."

Verein für Volksbildung. 7½ Uhr im Saale C des Architektenhauses. Oranienstraße 190. Vortrag des Professors Dr. Paul Bergemann über: „Die Entwickelung der Kunst in Deutschland."

Verein der Kaufleute aus der Lampenbranche und den verwandten Geschäftszweigen. 9 Uhr, Restaurant Neumann (Mokoll), Moritzplatz.

Verein der deutschen Kaufleute (E. H. Nr. 44). Ortsverein II Berlin. 9 Uhr, im Goltzschen Saal des Deutschen Hofes, Luckauerstraße 15. Versammlung.

Freie Vereinigung unbesoldeter Gemeindebeamten der südöstlichen Luisenstadt und angrenzender Bezirke. 8½ Uhr, bei Otto Martin, Oranienstraße 190.

Verein der Anhaltiner. 8 Uhr, im Eberl-Bräu, Rosenthalerstraße 38. Familienabend.

English Conversational Club. 9 Uhr, Hopfolt, Grünstraße 1.

Verein Berliner Künstler. 3½ Uhr, Sophienstraße 15. Amt III. 36.

Handwerkervereinshaus.

Unterricht * Pension

Student unterrichtet. Zahlreiche nachweisbare Erfolge, vorzüglichste Empfehlungen. G. Postamt 69.

Un italiano da lezioni. Ora 0,80 Fennige. Friedrichstrasse 250, 2 Treppen rechts.

Italienerin, diplomirte Lehrerin. Stunde 1 Mark. Friedrichstr. 250, II. rechts.

„Parisien" Progrès rapides Postamt 7.

Deutsch! Schönschreiben! Rechenunterricht, Buchführung, Stenographie, Direktor Hannig, Brückenstraße 7.

Rackow—Handelsakademie Leipzigerstraße 39. — Am 1. und 11. April beginnen besondere Zirkel- und Halbjahrskurse zur perfekten Ausbildung für Kontor und Büreau. — Damenkurse. — Herrenkurse. — Ausführliche Prospekte kostenlos. — Da sich in den 10 Hauptstädten Deutschlands Rackowsche Handelsakademien befinden und diese mit den ersten Firmen in regster Beziehung stehen, so haben Herren und Damen durch die Rackowschen Handelsakademien die besten Chancen bei Bewerbung um Stellung.

Vorzügliche Pension, Mittagstisch Alexandrinenstraße 37a, II, an der Oranienstraße.

Kochere Pension findet Herr als Mitbewohner. Allenstein, Krautstraße 38a.

Pension, koschere, für 1—2 Lehrlinge zum 1. April 1901. Kleine Alexanderstraße 9—11, I rechts.

Pension, eventuell Privatmittagstisch, Nähe Alexanderstraße, sucht junger Mann. Offerten M. A. 100 Postamt 27.

Pension finden Herren in achtbarer jüdischer Familie, Oranienburgerstraße 9/10, II, rechts.

Koschere Pension, nicht gewerblich, erhält junge Dame. Grünberg, Große Hamburgerstraße 7.

Ich suche für meinen Sohn, der die Obersekundaschule Dresdenerstraße besuchen soll, eine gute Pension mit Familienanschluß. Adressen unter J. D. 7893 durch Rudolf Mosse, Berlin SW.

Vorzügliche Pension, eigenes Zimmer, bei Lewin, Königstr. 59, III.

Koschere Pension, vorzüglich, 45 Mark. Große Präsidentenstr. 5, III.

Vermischte Anzeigen

Bücherrevisor Schendel, Auguststraße 56, Bücherregulirung, Einrichtung, Führung, Inventur-Steuererklärungen. Telephon III 995.

Bücherrevisor Feinberg, jetzt Christinenstraße 26, übernimmt unter Garantie der sorgfältigsten und gewissenhaftesten Ausführung die Regulirung lang verwahrlosigter Bücher in schwierigsten Fällen, Inventuren, Bilanzen, Rath in Konkurssachen. Streng diskret, sachgemäß, schnellstens, billigst, langjährige Praxis. Fernsprecher-Amt 3, 6422.

Bücherrevisor Jadeck, Neue Schönhauserstraße 1, Bücherregulirung, Neueinrichtung, Rath in Konkurssachen, Inventuren, Bilanzen, Steuerangelegenheit, Stenographenaufnahme, Schreibmaschinenarbeiten. Fernsprecher III. 6483.

Geschäftsbücher, rückständige, ordnet diskret. Bilanzfertigung. Weiterführung. Preuß, Schöneberg, Akazienstraße 1.

Bücherrevisor Aronson, Mendelssohnstraße 10. Fernsprechanschluß.

Zitherspieler, der Club betreten will, bittet Offerten H. 67 Postamt 12.

Geschäftsbücher ordnet sorgfältig Schneider, Kleine Frankfurterstr. 1.

Handwäscherei Frau Allmann, Göpenick, Albrechtstraße, wäscht sauber schonend jede Art Wäsche, Bettwäsche, Leibwäsche 10 Pfennig, drei Handtücher, drei Taschentücher 10 Pfennig. Abholung durch eigenes Gespann Sonnabend, Montag.

Capes, Jackets, Costume fertigt an und modernisirt Schneiderei Hennes, Weinmeisterstraße 3.

Besseres Kind wird in Pflege genommen, monatliche auch einmalige Abfindung. Steinbrück, Thaerstr. 6, II.

Monogramme und Plattstichstickereien werden sauber ausgeführt Culmstraße 13, III.

Wasch- und Bleichanstalt von Frau Trumpke, Köpenick, Glienickerstraße 21, wird jede Wäsche sauber gewaschen. Große Bezüge. Laken, Leibwäsche 0,10, drei Handtücher, drei Servietten, vier Taschentücher 0,10. Abholung, Lieferung Montags.

Massage. Nicolas, ärztlich geprüft, Charlottenstraße 22, II.

Massage, Wilhelma, Chausseestraße 10 II, Quergebäude I.

Massage, Hämorrhoiden, behandelt Häßner, Wittwe, ärztlich geprüft, Jerusalemerstraße 47, III.

Massage, Bormann, geprüft, Friedrichstraße 115, Oranienburger Thor.

Massage, Manicure vorzüglich. Liffi, Luisenstraße 59, III.

Verkäufe beweglicher Gegenstände

Wohnungs-Einrichtungen, sowie Gelegenheitskäufe in Möbeln, Pianinos, Teppiche, Portièren, Gardinen, Bilder, stets großes Lager sehr billige Preise, unter Garantie. S. Goldstaub, nur Zimmerstr. 3 und 4.

Hochelegante Saloneinrichtung, Plüsch- oder Seiden-Garnitur, großer Teppich, zusammen 200 Mark, geschnitzte Speisezimmer, Wohn- und Schlafzimmer, Paneelsopha, Trümeaux, Schreibtisch, Nußstühle, Schiffsbettdamm 33, I.

Neue wunderschöne Stühle von 3 Mark an, „Saxonia", Rosenthalerstraße 20/21.

Stühle, Krone, Ballstraße, Tischzr. Umzugshalber billigst Prinzenstraße 73 I, links. Händler verbeten.

Antique Kommode, 17. Jahrhundert, verkäuflich. M. A. Postamt 62.

Möbel. Wegen Auflösung des Haushalts sind Büffet, Sopha, Spiegel, Stühle, Bilder, Glas, Porzellan, Nippes 2c. zu verkaufen bei E. Bibergeld, Spandauerbrücke 1 b, III, von 9—11 und 3—5.

Möbel auf Theilzahlung ohne Aufschlag, ganze Einrichtungen, auch einzelne Stücke, reell und billig, Kommandantenstraße 36, I.

Spottbillig. Teppiche, Betten, Bettvorleger, Divandecken, Portièren, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren, Regulatoren verkauft Leibhaus Neanderstraße 6.

Steppdecken, auch einzeln, direkt in der Fabrik, Neue Königstr. 35.

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Anfertigung eleganter Herrengarderobe, Theilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20.

Cravattenreste 50 Pfennig. Seidenstoffe 95 Pfennig. Schmidt, Beuthstraße 9.

Jaquettes für Damen nach Maaß, auch fertig vorräthig, Hinrichs, Herrenschneider, Winsstraße 58, Nähe Königsthor.

Broncegaskrone, Salongarnitur, Paneelsopha, Speisezimmer, Schreibtisch, Schlaf- und Wohnzimmer, Landsbergerstraße 77, L.

Kleiderstoffe, reinwollene und seidene, staunend billig im Konkursmassenausverkauf. Münzstraße 7.

Speisesaalkronen 34,00, Zugluxen 16,00, Broncekronen 20,00, Engl. Stehe Kronen 17,50, Kupferkronen 6,00, Petroleumlampe 2,00, Zweiflochbrenner 5,50, Gasofen 7,00, Hängelampen zu Gas einrichten 7,50, Gaskronen aufbrennen Flammig 7,50, 5flammig 10,00. Fabrik Linienstraße 200.

Regale, Tische, Geldschrank, Gaseinrichtung wegen Auflösung sehr billig zu verkaufen Spandauerstr. 7, III.

Singermaschine 8,00 Alexandrinenstraße 121, I.

Singermaschine umständehalber zweiß Mark Kochstraße 57, vorn I.

Handwagen, Leitern, Lauf-, Streichbretter zum Tapezieren, Kommode, Waschtoilette verkauft Butziger, Melchiorstraße 31.

Kanarienroller, gute Hochvögel, verzugshalber Alexandrinenstraße 121, I.

Geldschränke, spottbillig, Spandauerstraße 3, Goldberg.

Geldschrank für 100 Mark Pallisadenstraße 7, Kleiderladen.

Alter Geldschrank, zweithürig, billig verkäuflich Neue Schönhauserstraße 14.

Geldschrank, Comtoirmöbel, Ladeneinrichtung, Arbeitstische, Glaswand, Gasglühkronen, Niederwallstraße 16, Moritz.

Pianino, wenig gebraucht, sofort billig zu verkaufen. Ritterstraße 120, erste Etage rechts.

Ehrlich-Pianinos, 2 Brunnenstraße (direkt am Rosenthalerthor), gegründet 1879, Conzertpianinos neukreuzsaitig 330—900 Mark. Garantie 15 Jahre.

Drehpianinos mit Handspiel Brunnenstr. 2 Ehrlich.

Pianino, kreuzsaitig, hochfein, billig verkäuflich. Andreasstraße 43, II, rechts.

Pianino, Hofflieferant Schwechten, wie neu, billigst verkäuflich. Bülowstraße 50, I. rechts.

Geld-u. Hypotheken-Markt

Darlehne zu 6 Prozent Discontcredit ohne Mitgliedschaft. Bank-Actien-Gesellschaft, Neue Jacobstr. 16. 10—4. Rückporto.

Leihhaus, Waaffstraße 88a werden Brillanten, Goldsachen, Uhren, Wäsche, Kleidungsstücke u. l. w. aufs Höchste beliehen.

Verkäufe, Verpachtungen von Grundstücken und Geschäften

Bergfelde, Station Birkenwerder, kleine Villa preiswerth zu verkaufen oder zu vermiethen. Adam, Berlin, Feldstraße 9.

Herrschaftliches Haus, 87 erbaut, nahe den höheren Schulen, 2 größere Wohnungen, 1 kleine Wohnung, großer Garten, mit prächtiger Fernsicht, und Bauklelle verkaufe billig. Dr. Heller, Freienwalde a. O.

Flottes Cigarrengeschäft, Laufgegend, billige Miethe, wegen anderer Unternehmungen zu verkaufen. Branchekenntniß nicht erforderlich. Eventuell zur Probe und Anlernung. Offerten 733 Postamt Kaiserstraße.

Kalbfleischgeschäft, gutgehend, wegen vorgerückten Alters zu verkaufen. Bukowerstraße 13.

Bauparzellen, mit auch ohne Wald, klein auch groß, Quadratruthe 11 Mark, aus erster Hand, daher so billig, verkauft Verwalter Holzgartstraße 9.

Kauf- und Pachtgesuche

Königliche Pfandscheine, Brillanten, Gold, Silber 2c. kauft zu denkbar höchsten Preisen Central-Leihhaus Jägerstraße 72.

Alte Zahngebisse, unbrauchbare künstliche Zähne kauft und holt auf Postkartenbestellung. Herzfeld, Lindenstraße 80a.

Möbel, gebrauchte, bessere Wirthschaften, Betten kauft Halpern, Prenzlauer Allee 21, Laden.

Pfandscheine kauft Pfandleihe Prinzenstraße 63.

Getragene Herrenkleider, Damenkleider, Betten, Wäsche, ganze Nachlässe kauft gegen höchste Preise. Roth, Hintenstraße 21. Postkarte.

Getragene Kleidungsstücke, bezahle für Anzüge bis 25 Mark, Hosen 12 Mark, Uniformen, Damenkleider, Nachlässe, Möbel, Betten denkbar höchste Preise. Frau Berstein, Lothringerstraße 7, 1 Treppe.

Getragene Kleidungsstücke, Herrenanzüge, Winterpaletots, Sommerpaletots, Frackanzüge, Uniformen, Damenkleider, Goldsachen, Werthschaften, ganze Nachlässe brauche nöthig für eigenes Geschäft; verpflichte mich, mehr als sämmtliche Pfandleihe zu bezahlen. Ueberzeugung macht wahr. Bestellungen Postkarte erbeten. Wandt, Prinzenstraße 17.

Waarenposten, Restlager jeder Branche kauft Glück, Dragonerstraße 9.

Getragene Kleidungsstücke, Uniformen, Nachlässe kauft Louis Wiener Kleine Alexanderstraße 9—11.

Pfandscheine, Werthsachen kauft und beleiht Leihhaus, Prinzenstr. 20

!!! Blitzschnell !!! bezahle ich allerhöchste Preise für getragene Herrengarderoben, Damengarderoben, Uniformen, Winterpaletots, Sommerpaletots, Goldsachen, ganze Nachlässe. Eigener Geschäftsbedarf. Komme zu jeder beliebigen Sprechzeit. Bestellungen Postkarte erbeten. Levy, Andreasstraße 40.

Goldschmelzerei. Platinzähne kauft Heilmann, Rosenstraße.

Waarenlager, Restbestände aller Branchen kauft Casse, Roßstamm, Landsbergerstraße 52/53.

Stutzflügel, gebraucht, aber tadellos erhalten, wird zu kaufen gesucht. Preisangebote unter V. K. 3645 an Rudolf Mosse, Berlin C., Königstr. 56 erbeten.

Verlangte männliche Personen

Buchhandlungs-Reisenden auf komplette Werke gegen Theilzahlung zahlt stets höchste Provision Buchhandlung, Friedrichsfelderstr. 40.

Reisender für Stadt sucht Dampfwäscherei Elisabethufer 44.

Einen Lehrling mit guter Schulbildung für Comtoir und Lager bei monatlicher Vergütigung sucht P. Glück Nachfolger. Cravattenfabrik, Rosenstraße 11.

Lehrling mit guter Schulbildung suche ich bei sehr günstigen Bedingungen für mein Tuch-Engros-Geschäft. Eugen Hildesheimer, Kronenstraße 33.

Verlangte weibliche Personen

Damenblousen Arbeiterinnen, welche Posten liefern können, finden bei Vorlegung von Probearbeit lohnende Beschäftigung. Bachmann u. Zerpner, Hausvogteiplatz 12.

50 Lehrmädchen werden für sofort und später gesucht. 15 Mark Anfangsgehalt. Fantasiefederbesatz und Blumenfabrik Neue Jacobstraße 12.

Lehrmädchen gegen Vergütung sucht Glacéhandschuh-Engros-Geschäft J. Wasserzug, Zimmerstraße 34.

Mädchen für Alles, Köchinnen, Hausmädchen, Kinderfrauen und Mädchen, Stützen, Küchenmamsells können sich jeden Nachmittag von 5—7 bei vornehmen Herrschaften vermiethen. Frau Henze Nachf., Lindenstraße 6. Keinerlei Vorauszahlung.

Dienstmädchen, auch von außerhalb, verlangt kinderloses Ehepaar. Hoher Lohn, zehn Mark Nutzschmitts-geld extra. Auf Wunsch während der Badereise mit Lohn und Kostgeld beurlaubt. Meldung mit Zeugnissen Augustastraße 38, erste Etage.

Mutter und Sohn verlangen zuverlässiges Dienstmädchen während Badereise, mit Lohn und Kostgeld nach Heimath beurlaubt. Grenadierstraße 36, parterre rechts.

Mädchen für zwei Personen, leicht und sehr guter Handarbeit, 90 Thaler, sucht Sperling, Steglitzerstr. 18.

Mädchen für einzelne Leute gesucht, Lohn und Behandlung sehr gut. Gregor, Steinmetzstr. 24.

Köchin, Hausmannskost kocht, 95 Thaler, Hausmädchen 85, keine Wäsche, verlangt junges Ehepaar. Ueto, Brückenstraße 12. I.

Bescheidenes jüdisches Mädchen für kleinen Haushalt verlangt Lippmann, Ritterstraße 2 B. I.

Hausmädchen, tüchtig, gute Zeugnisse, findet zum 1. April gute dauernde Stellung. Meldung Freitag 9—1 und 3—7 Uhr Dessauerstraße 8, 1 Treppe rechts.

Ein Mädchen für Alles, das selbstständig gut kocht, wird für einen kleinen Haushalt, mit nur einem Kinde, für welches ein Kindermädchen da ist, gesucht. Nur Mädchen mit guten, langjährigen Zeugnissen können sich melden Moabiterstraße 60. Dr. Potschky-Reilen.

Stellengesuche weiblicher Personen

Vorzügliches Hauspersonal empfiehlt Jacobi, Wallstraße 19, Vorderaufgang I.

Drei vorzügliche Kinderfrauen empfiehlt Frau Hoppe, Magazinstr. 2, parterre.

Besseres Kindermädchen, Christin, sucht Stellung bei jüdischer Herrschaft. Braido, Glasserstr. 26.

Wasch- und Reinmachestellung sucht saubere Frau. Friedrich Karl-Ufer 6, Portier.

Tüchtiges Mädchen für Alles, das selbstständig kocht, erlahren im Haushalt, sucht Stellung bei einzelnen Herrschaften zum 1. April. Kraftschock, Alexandrinenstraße 58, I.

Geschäftslokale und Fabrikräume

Großer Laden, zwei große Schaufenster, Kellerei, passend für Herrengarderobe- oder Möbelgeschäfte u. l. w., billig vermiethbar Ackerstraße 103.

Für Engrosgeschäfte vorzüglich geeignet sind zum 1. April 1901 Neue Grünstraße 32, große Parterre-Lokalitäten mit darunter liegenden sehr trockenen Lagerkellern zu vermiethen.

Läden, Rollendorffstr. 31/32, dicht am Rollendorfplatz, herrschaftliches Haus, zu jedem Geschäft passend, 1 Laden zum Restaurant gebaut, mit anschließenden Wohnungen, Centralheizung, sofort zu vermiethen.

Luisenhof, Dresdenerstraße 34/35. Hochmoderne große Geschäftsräume, Fabrik- und Lagerräume, Keller, Böden, Ausstellungs-Räume jeder Größe.

Großer Laden, zwei Fenstern, lebhafteste Gegend, für alles passend, sofort zu vermiethen. Wrangelstr. 46.

Für Billardsaal, tagheles Lokal, bestentable Stadtlage, weiß Singer, Kochstraße 25.

Lützowstraße 50, schöner Laden mit Wohnung unter günstigen Bedingungen zum 1. April zu vermiethen.

Restaurant, ganz renovirt, Umstände halber sofort zu vermiethen. Inventar vorhanden. Neue Königstraße 70.

Geschäftslokal, 1. Etage, Kaiser Wilhelmstraße 49, 1., sofort bedeutend unter Preis zu vermiethen. Dreisel.

2 helle Arbeitssäle je 10 □Meter sowie Souterrain und Nebenräume mit elektrischem Licht eventuell auch Kraft sofort billig zu vermiethen. Conrad Schultz, Strausberg, Vorort.

Fabrikaal, 300 Quadratmeter, 3 Treppen, massiv gewölbt, Doppellicht, Dampfheizung, mit oder ohne Kraft, sofort zu vermiethen. Schinkestraße 8. Kottbuser Damm.

Wohnungen

Rollendorffstraße 31/32, am Rollendorfplatz, Centralheizung, hochherrschaftliche Vorderwohnungen, 6 und 7 Zimmer, Gartenwohnungen, 4 Zimmer, Mädchenstube, 2 Klosets, Loggien und Balkon, und Gartenwohnung, 2 Zimmer, Centralheizung, Durchwohnungen, Dachgeschoß mit elektrischer Klingelleitung, sofort oder April zu vermiethen.

Regentenstraße 23, 2 Etage, 11 Zimmer nebst Zubehör, hocherrschaftlich eingerichtet, per 1. Oktober oder 1. Juli zu vermiethen.

Meines Wegzugs nach Zürich halber ist meine hocherrschaftliche Wohnung, W., Schinkenstraße 16, II. Etage, 6 Zimmer, Bad, 2 Klosets, 2 Balkons, reichliches Zubehör, Warmwasserheizung, Warmwasserbereitung, freie Fernsprechbenutzung, an fünf Straßenbahnlinien, bis Oktober miethefrei, sofort zu vermiethen. Näheres Professor Hoffacker, Charlottenburg, Hardenbergstraße 4, III.

Neue Königstr. 15, II. Et. etage, 6 große Vorderzimmer, Saal, Badezimmer, Mädchenzimmer, 1800 Mark, 7 große Vorderzimmer, Saal, Badezimmer, Mädchenzimmer, 2100 Mark, viele Jahre von Arzt bewohnt, zu vermiethen.

Ausbauchterstraße 53, I. Wohnung von 6 Zimmern, Erker für 1750 Mark 1. 4. vermiethbar.

Sechs Stuben, Bad, Küche, II. und III. Etage zu vermiethen. Neue Roßstraße 19—20.

Passauerstraße 19 7 Zimmer, hocherrschaftlich, Centralheizung, Warmwasserbereitung, Marmortreppe.

Bier Stuben, Küche, III. Etage, zu vermiethen. Neue Königstraße 9.

Hasenheide 9, 1 Treppe, 3 Zimmer, Balkon, Badeklube, Mädchenstube, reichlicher Zubehör, preiswerth zum 1. April.

Umständehalber Wohnung von 4 Zimmern nebst großem Zubehör sehr billig per 1. April cr. zu vermiethen bei H. Bermann, Lehrterstraße 48 c.

Drei Stuben, Küche, eine Kammer, Corridor, sowie Zubehör. Private halber sofort zu vermiethen. Hochparterre. Grimmstraße 24, beim Verwalter.

Möblirte Zimmer

Zimmer, gut möblirte, eventuell Pension Wilhelmstraße 94/96, III.

Herrschaftlich möblirtes Zimmer Händelstraße 10 parterre links sofort zu vermiethen.

Mieths-Gesuche

Buchhalterin sucht möblirtes Zimmer (Clavier erwünscht), Alexanderplatz, Börse, Zimmergeschäfte. Preisofferten „Glück" Hauptpost.

Jüdische Geschäftsdame sucht nett möblirtes Zimmer inclusive Mittagstisch, unweit Alexanderplatz. Adressen mit Preis C. F. Postamt 63.